Antifa-Nachrichten-Doku

#5 - April '95
A 13803 - 3,50 DM

Was geht ab?

Do the Right Thing!

AAS ANTIFASCHISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS SCHWEDT

AFA

Guten Tag!

Einmal die *Was geht ab?* bitte.
Wie?
Ich sagte, einmal die *Was geht ab?*, bitte. Sie kennen die nicht? Na, verständlich. Sollten mal 'n bißchen mehr Werbung machen, die Leute von der Zeitung.
Oder?
Die beste Werbung ist, wenn **du** die Zeitung anderen Leuten zeigst und wenn **du** ihnen sagst, daß du sie gut findest, wenn du sie gut findest. Also die Zeitung, nicht die Leute.
Ansonsten?
Nach unserem Aufruf zu massenweiser Kritik kam nicht viel, aber eines kam mehrmals: Nämlich die Kritik, daß wir nichts zu Anti-/Sexismus und zu aktuellen Kämpfen von KurdInnen in Deutschland drin haben. Warum das so ist, wollen wir erklären: Wir wollen eine Zeitung machen, die sich speziell auf Nachrichten zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Widerstand dagegen konzentriert. Da spielt im gewissen Rahmen auch noch das Thema Asyl mit rein. Daß wir die Artikel darauf beschränken, liegt ganz einfach an unseren Kapazitäten. Wir können nicht noch mehr Arbeit leisten, neben der Schule oder Lehre, die die Leute machen plus der verschiedenen anderen politischen Aktivitäten, in denen wir drinstecken. Zusätzlich würde es aber auch die Kapazitäten der Zeitung sprengen. Wir wollen aber eigentlich ein Blatt machen, daß praktische Infos für die tägliche Antifa-Arbeit rüberbringt - und mehr nicht. Es gibt noch einige andere Bereiche, die auch was mit uns zu tun haben oder in denen viele Antifas drinstecken. Im Osten sind das nochmal andere als im Westen. Wo hier Selbstschutz und Hausbesetzungen im Vordergrund stehen, hat woanders die Auseinandersetzung mit Sexismus oder Veganismus einen höheren Stellenwert. Hier sind die vietnamesischen ArbeiterInnen ein Thema, dort eher die kurdischen Flüchtlinge. Es ist keine Arroganz oder Desinteresse, daß wir dazu in der Regel nichts reinnehmen, sondern wir können es einfach nicht. Immerhin haben wir die Zeitung auf monatlich 24 Seiten konzipiert, was unsere Finanzen und eigenen Kräfte angeht - bisher waren wir immer drüber. Da können wir einfach nicht noch mehr Themen behandeln, auch wenn wir wollen.
Was noch? Bisher ist die Finanzierung der *Was geht ab?* nicht auf Dauer gesichert, sondern nur bis zum Sommer dieses Jahres. Die einzige Möglichkeit, um das zu ändern, sind Abos (am liebsten Förderabos), Weiterverkauf und bezahlte Werbeanzeigen. Und natürlich auch Spenden. Wer das Projekt unterstützenswert findet, sollte sich einfach mal für eine dieser Möglichkeiten entscheiden, oder auch für mehrere.
Tschüß

Hey, AbonnentIn!

Schau vorn auf den Briefumschlag! Auf dem Adressenaufkleber steht unter der Absenderzeile in kleinen, fetten Buchstaben, bis wann bzw. bis zu welcher Nummer dein Abo läuft. Wenn es ausgelaufen ist, schicken wir keine extra Benachrichtigung, also selber merken!

Was geht ab?

Impressum

Was geht ab? #5
Erscheinungsdatum:
1. April 1995
2. Jahrgang
Herausgeber:
A-Point e.V.
Redaktion:
Edelweiß-Piraten Berlin
ViSdP: Kai Mara
Sammelanschrift für alle:
Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Fax: 030 / 694 67 95

Konto:
A-Point e.V.
Nr. 733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Inhalt:

In den beiden letzten Ausgaben der *Was geht ab?* haben wir Kontaktadressen antifaschistischer Gruppen abgedruckt. War klar, daß sich da einige Fehler eingeschlichen haben, falsche Postleitzahlen oder ähnliches. Dann haben wir auch manche Adresse nicht gehabt. Deshalb hier eine Ergänzung zu der Liste aus der #3 und #4.
Diese Liste kann ab Mai bei uns für 5,00 DM inkl. Porto bestellt werden, jeweils mit dem aktuellen Stand.

Änderungen:

04107 Leipzig	AJF Leipzig, c/o Infobüro, Petersteinweg 13
88190 Ravensburg	Antifa-Jugend Ravensburg, c/o Bunte Hilfe, Postfach 2029

Neu dazu:

38709 Wildemann	Antifa Oberharz, Postfach 61
55411 Bingen	Antifa-Plenum, c/o Juz, Postfach 1450
68161 Mannheim	Pumuckl, L14, 6
95422 Bayreuth	JRE Bayreuth, Postfach 110 303

Raus:

16259 Bad Freienwalde Antifa

Folgenden Quellen haben wir für diese Ausgabe benutzt:

AGR = Autonome Gruppe Rheinbach
AN = Antifaschistische Nachrichten
BBZ = Berlin-Brandenburger Zeitung
BeZe = Berliner Zeitung
BM = Berliner Morgenpost
FR = Frankfurter Rundschau
JW = Junge Welt
KSA = Kölner Stadt-Anzeiger
LVZ = Leipziger Volkszeitung
ND = Neues Deutschland
NE = Nation & Europa
Panorama
RA = Ruppiner Anzeiger
Spiegel
SZ = Süddeutsche Zeitung
Taz = Die Tageszeitung
Tsp = Der Tagesspiegel
Welt
WGA = Was geht ab?

So funxioniert diese Zeitung:

Die ***Was geht ab?*** ist eine Nachrichten-Dokumentation, keine theoretische oder Hintergrund-Zeitung. Wir dokumentieren Vorkommnisse, von denen wir aus diversen Quellen erfahren haben. Die Zeitung ist sortiert in die Bereiche **Bundesweit**, die einzelnen **Bundesländer** in alphabetischer Reihenfolge, **International**, **Neuerscheinungen** (fällt diesmal aus Platzgründen aus), diesmal **Antifa-Kontaktadressen** sowie dem **Index**. Am Anfang jedes Artikels steht die Quellenangabe bzw. eine Auswahl. Die Artikel sind nicht mit dem Text der Quelle identisch, sondern beziehen sich inhaltlich darauf. Der Index ist sortiert nach den **Stichworten**, **Organisationen/Medien**, **Personen** und **Orte**. Es werden immer die Seitenzahl und Teile der Überschrift angegeben.

Coupon

zum Abonnieren und Weiterverkaufen:

O Ich möchte die Was geht ab? abonnieren!
- O Anfangs-Abo (#1-7) für 20 DM
- O Einfaches Abo (10 Nummern) ab #______ für 35 DM
- O Förder-Abo (10 Nummern) ab #______ für 50 DM

O Ich möchte die Zeitung weiterverkaufen!
Bitte schickt mir ________ Exemplare der #______
für 2,50 DM pro Stück plus 6 DM Versandpauschale
- O Ich möchte die Zeitung bis auf Widerruf weiterverkaufen

Bitte entweder Geld/Scheck beilegen oder Kopie des Einzahlungsbelegs!
Name und Adresse:

Adresse: Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Konto: A-Point e.V
733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10
Kennw. WGA

Bundesweite Razzien gegen NSDAP/AO
Nazi-Führer Lauck im Knast

WGA, Panorama 23.3.95 - Deutsche und dänische Behörden haben einen Schlag gegen die Neonazi-Szene geführt. In Deutschland wurden bei der bisher größten Aktion gegen neonazistische Propaganda am 23. März '95 bundesweit mehr als 80 Wohnungen und Häuser durchsucht. Die Polizei beschlagnahmte Waffen, Munition sowie umfangreiches Propagandamaterial der ***NSDAP/AO***. Allein in Brandenburg wurden mehrere hundert Schuß MP-Munition gefunden. Bereits am Montag, den 20. März, nahm die Polizei südlich von Kopenhagen den Führer der NSDAP/AO, **Gary Rex Lauck** fest. Er befand sich im Zentrum der dänischen Nazipartei ***DNSB*** in Greve (Hundige Strandvej 153). Die Bundesrepublik beantragte die Auslieferung des 41jährigen Neonazis, gegen den in Deutschland ein Haftbefehl vorliegt. Er soll wegen der Verbreitung verfassungsfeindlicher Propaganda, Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt werden. Am 23. März gegen 6.30 Uhr drangen mehrere hundert Beamte des BKA in Wohnungen und andere Einrichtungen von 58 Rechtsextremisten ein. Diese hatten Propagandamaterial von Lauck erhalten und größtenteils weiterverbreitet. Nach monatelangen Ermittlungen begann die Aktion zeitgleich in allen Bundesländern außer dem Saarland. Die Schwerpunkte lagen in Bayern und Schleswig-Holstein. Neben dem von Lauck herausgegebenen ***NS-Kampfruf*** und Tausenden Aufklebern wurden auch Revolver, Vorlader sowie Computer sichergestellt. Die Aktion des BKA und der Hamburger Staatsanwaltschaft hatten auch zum Ziel, die Organisationsstrukturen der antisemitischen und rassistischen NSDAP/AO sowie deren Propagandawege aufzudecken, so ein BKA-Sprecher. Es sei aber nicht gelungen, das ganze Vertriebssystem auszuheben. Es sind vor allem Wohnungen von 16-20jährigen Männern durchsucht worden, mindestens die Hälfte von ihnen haben auch Verbindungen zu anderen faschistischen Gruppen oder sind selbst Mitglied. Nach Ansicht der Hamburger Staatsanwaltschaft wird in den von Lauck verbreiteten Schriften in der BRD ein terroristisches Konzept flächendeckend verbreitet. Die NSDAP/AO habe in der Bundesrepublik bereits eine Reihe von Stückpunkten, die weitgehend voneinander abgeschottet sind. Das wird auch von ehemaligen Mitgliedern der Organisation bestätigt. Eine solche in Hanau gegründete Zelle flog im Rahmen der Ermittlungen auf, dort wurde auch mit Bomben experimentiert. Wie auch schon in der Vergangenheit macht sich der Verdacht breit, daß die jetzige Aktion für die Nazis nicht ganz überraschend kam. Denn wiederum wurde außer Propagandamaterial nicht viel Verwertbares gefunden. Dabei richtete die Aktion sich diesmal ja angeblich direkt gegen die Kleinzellen der NSDAP/AO. Und diese sind seit 20 Jahren dabei, z.B. mit scharfen Waffen Wehrsportübungen abzuhalten, Morde zu proben und durchzuführen. Warum hat es der Verfassungsschutz - der ja in der NS-Szene massiv drinsteckt, siehe Beispiel Solingen - in der ganzen Zeit nicht geschafft, den bewaffneten Arm inklusive Waffen aufzurollen? Diejenigen, die mit Maschinenpistolen, Handgranaten und sogar Granatwerfern immer wieder neue Neonazis ausbilden, die mit ihnen praktische Übungen machen? Es macht sich der Verdacht breit, daß mit der Jagd auf die Aufkleber-Besteller davon abgelenkt werden soll, daß man die NS-Terroristen noch immer weitestgehendst in Ruhe läßt.

Peter Naumann - Sprengmeister der Nazis

JW 9.3.95 - Am 2. März '95 durchsuchten Beamte des LKA und des BKA den Wiesbadener Scheinwohnsitz und den Frielendorfer Hauptwohnsitz von **Peter Naumann**, Gründer und Vorsitzender des ***Völkischen Bundes (VB)***. Naumann ist das Bombenhirn der Naziszene im deutschsprachigen Raum und auch in die Bombenanschläge von Österreich verwickelt. Durchsuchungsgrund war aber nur die „Verbreitung von Propagandamitteln verfassungsfeindlicher Organisationen". Auf Nachfrage zu Ermittlungen in Richtung Österreich hielten sich BKA und LKA, wie schon in der Vergangenheit, sehr bedeckt. Peter Naumann ist einer der Nazis mit einer langen Terrorkarriere in Deutschland. Der Diplom-Chemiker, der in der rechten Szene als Sprengstoffexperte gilt, fiel schon 1974 mit einem selbstgebastelten Sprengkörper auf, bei dessen Entschärfung ein Feuerwerker ums Leben kam. Damals war Naumann Mitglieder der Bundesleitung der ***Jungen Nationaldemokraten*** (Jugendorganisation der ***NPD***) und setzte sich für die Freilassung von **Rudolf Heß** ein. Um dem Aufruf Taten folgen zu lassen, verabredete er sich 1982 mit **Walter Kexel** und **Ottfried Hepp**, Nazis aus der Terrorszene um die ***Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (VSBD)***, um den Spandauer Knast zu sprengen und den greisen Heß zu befreien. Daraus wurde aber nichts, man zerstritt sich. Als Hepp 1987 verhaftet wurde, belastete er Naumann schwer und fast zehn Jahre zurückliegende Taten konnten geahndet werden: So ein Sprengstoffanschlag am 30. August 1978 auf das Denkmal an der Fosse Ardeatine in Rom, das an die Erschießung von 335 zivilen italienischen Geiseln durch die SS erinnerte. Ebenso Sprengstoffanschläge auf Sendemasten zur Verhinderung der Ausstrahlung der Fernsehsendung „Holocaust", die 1979 vierteilig gesendet wurde; tatsächlich konnten mehrere 100.000 Zuschauer zeitweilig kein Bild empfangen. In der NS-Bewegung fanden diese Anschläge ungeteilte Zustimmung. Auf der Rückseite des ***NS-Kampfrufs***, der Zeitung der illegalen ***NSDAP/AO***, wurde eine Zeichnung abgedruckt, die einen „deutschen Recken" mit Hakenkreuzarmbinde bei der Sprengung eines Sendemastes zeigt. Das Bild wird noch heute als farbiger Aufkleber in der Naziszene vertrieben. Von seinen viereinhalb Jahren Strafe mußte Naumann zwei Drittel absitzen und schrieb währenddessen eifrig für die ***Nachrichten der HNG***, einer faschistischen Gefangenenhilfsorganisation. In Freiheit betätigte er sich sofort wieder in der rechten Szene. Als erstes reaktivierte er den Materialversand des VB und vertreibt bis heute faschistische und antisemitische Propaganda.

Der VB wurde 1985 von Naumann gegründet. Als ***Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände / Völkischer Bund*** wurde er erstmals Anfang Juni '85 bekannt. Naumann hatte zur Zeit der Gründung die Position des stellvertretenden Kreisvorsitzenden der NPD Wiesbaden inne. Das Postfach, das der VB bis heute als Kontaktadresse benutzt, gehört der Wiesbadener NPD. Der „Völkische Bund" veranstaltete Schulungen und Sonnenwendfeiern, die sämtlich konspirativ organisiert wurden und an denen bis zu 150 Menschen teilnahmen. Bei der Trauerfeier zum Tod der Nazi-Ikone **Maier-Dorn** übernahm der VB den Sicherheitsdienst, der während der Schulungs-Wochenenden rekrutiert und ausgebildet wurde. In Naumanns Reden fällt immer wieder die Verbundenheit mit dem „Freiheitskampf in Südtirol" auf und die internationale Teilnehmerschaft. Außerdem schrieb er immer wieder für die Nazipostille ***Sieg*** von **Walter Ochensberger**. Erst in jüngster Zeit nimmt die Österreich-Connection explosive Konturen an. Nach Angaben aus österreichischen Neonazikreisen war Naumann Leiter verschiedener Sprengkurse in Österreich (im KZ-Stollen bei Melk) und Deutschland (im brandenburgischen Königs Wusterhausen). Nach seiner Verhaftung bestätigte **Bendix Wendt** die Sprengkurse und bejahte auch die Teilnahme des derzeit inhaf-

tierten **Peter Binder**: Binder ist Elektroniker und Hauptverdächtiger in der Briefbombenaffäre. Naumann selbst wurde vor den Explosionen mit dem „Chefdenker" der Briefbomben **Franz Radl** in Österreich gesehen. Im Rahmen der Amtshilfe durchsuchte die deutsche Polizei im Februar letzten Jahres seine Wohnung, ohne etwas zu finden. Die interne Zeitung des braunen Netzes ***GdNF***, ***Die Neue Front***, widmete der Hausdurchsuchung eine ganze Seite. Obwohl es immer viele Hinweise auf Naumann gab, sahen sich die staatlichen Stellen nie genötigt, gegen ihn vorzugehen. Auch der jetzige Fund von zwei Explosivkörpern nimmt sich eher als Zufallsfund aus und nicht als Ergebnis gründlicher Ermittlungen zu den immer wieder explodierenden Bomben in Österreich.

Abschiebestopp aufgehoben

Presse 16.3.95, Spiegel 12/95 - Am 15. März '95 gab Bundesinnenminister **Manfred Kanther** bekannt, daß der Abschiebestopp für kurdische Flüchtlinge aus der Türkei, der in der Nacht desselben Tages auslief, nicht weiter verlängert wird. Dieser Entscheidung vorausgegangen war eine mehrstündige Anhörung im Bundesinnenausschuß des Bundestages, bei denen MenschenrechtsaktivistInnen aus der Türkei die Situation darlegten. Von Folter und willkürlichen Unterdrückungsmaßnahmen war da die Rede, sowie von Verfolgung der KurdInnen als gesamte Volksgruppe. Demgegenüber stellte der Botschaftsvertreter natürlich die angebliche Demokratisierung der Türkei heraus und daß die abgeschobenen Flüchtlinge korrekt und „rechtsstaatlich" behandelt werden würden. Auch eine ethnische Verfolgung von Kurden und Kurdinnen stritt der Vertreter ab. Für Innenminister Kanther stand die Entscheidung, den Abschiebestopp nicht mehr zu verlängern, aber anscheinend schon vor der Anhörung fest. Die Entscheidung forderte jedoch noch am selben Tag massenweise Proteste heraus. Mehrere Bundesländer erklärten sofort, daß sie KurdInnen auch in naher Zukunft nicht abschieben würden. Lediglich in den CDU-regierten Ländern Sachsen und Bayern würden KurdInnen ab sofort wieder abgeschoben werden. Bremen, Hamburg und Niedersachsen haben die Frist bis zum 31. März '1995 verlängert, Rheinland-Pfalz, NRW, Saaaland und Sachsen-Anhalt bis zum 12. Juni. Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Hessen, Ba-Wü und Thüringen nannten keine festen Fristen.

Nun kann man darüber spekulieren, ob die Weigerung der SPD-Länder wirklich so positiv ist, wie sie im ersten Moment erscheint. Denn die Behörden wären sowieso nicht in der Lage, sofort sämtliche betroffenen KurdInnen auf einen Schlag abzuschieben, deshalb kommt ihnen diese Staffelung wahrscheinlich ganz recht. Folgendermaßen sind die Bestimmungen, was die Aufhebung des Abschiebestopps angeht: Wer recht hat, steht im Paragraph 54 des Ausländergesetzes. Höchstens ein halbes Jahr lang dürfen die Länder auch ohne Einverständnis des Bundesinnenministers einen Abschiebestopp verhängen. Erst danach hat „zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit" Kanther mitzureden. Üblicherweise stimmt Bonn nur zu, wenn alle Länder mitziehen - eine gesetzliche Bedingung ist das aber nicht. Die Anwendung der einfachen Vorschrift ist deshalb so kompliziert, weil die Parteien sich nicht ganz einig sind, wann die zustimmungsfreie Sechsmonatsfrist begonnen hat; Kanther sagt: bereits im Mai '94. Damals beschlossen SPD-regierte Länder, KurdInnen nicht mehr in die „Krisengebiete" der Türkei abzuschieben. Im November '94, auf der Innenministerkonferenz in Magdeburg, erbaten sie dafür das Einverständnis Kanthers, da nun sechs Monate um waren. Der Innenminister lehnte jedoch mit Hinweis auf den Widerspruch der Union-Innenminister aus Bayern und Sachsen ab. Damit waren alle Abschiebestopps erstmal beendet. Im Dezember jedoch lenkte der Bonner Innenminister ein, nachdem ein türkisches Gericht kurdische Abgeordnete mit harten Strafen belegt hatte. Bonn empfahl nun allen Ländern, jegliche Abschiebung in die Türkei zu unterlassen, und die Länder verhängten einen neuen Abschiebestopp. Im Dezember, so die Argumentation gegen Bonn, sei eine neue 6-Monats-Frist angelaufen, weil die Länder ja einen ganz neuen Stopp verhängt haben. Also: Erst im Juni sei Kanther wieder gefragt, er solle sich da vorerst raushalten. Doch selbst, wenn Kanther recht hat, nutzt ihm das wenig, wenn sich bestimmte Länder querstellen - er kann denen nämlich keine Weisungen erteilen, sie also nicht zwingen. Bonn müßte erst vor dem Bundesverfassungsgericht klagen.

Lächerliche Urteile im ANS-Prozeß

SZ 8.3.95 - In der Neuauflage des Stuttgarter Neonazi-Prozesses sind die drei Angeklagten zu Freiheitsstrafen zwischen siebeneinhalb und 18 Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Die Staatsschutzkammer des Landgerichts Stuttgart sah es als erwiesen an, daß die ehemaligen führenden Mitglieder der Ende Februar '95 verbotenen ***FAP*** gegen das Vereinigungsverbot verstoßen haben. Von den Angeklagten seien zwar angeblich keine Gewalttaten ausgegangen, doch hätten sie den Nährboden für Aktionen aus dem rechtsextremistischen Lager geschaffen, hieß es in der Urteilsbegründung. Das Gericht lastete den Männern im Alter zwischen 27 und 33 Jahren an, die noch im Gründungsjahr 1983 verbotene ***Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten (ANS/NA)*** des inzwischen verstorbenen Neonaziführers Michael Kühnen fortgeführt und sich als legaler Arm der nationalsozialistischen Bewegung verstanden zu haben. Unter anderem hätten sie die Aufhebung des NSDAP-Verbots erreichen wollen. Die Angeklagten räumten Vorwürfe weitgehend ein, gaben aber auch an, sich von der rechten Szene distanziert zu haben und nicht mehr politisch aktiv zu sein. Mehr auch in der WGA #4.

JN will mit Bubis reden

FR 16.2.; JW 18.2.95 - Die rechtsextremen ***Jungen Nationaldemokraten (JN)***, Jugendorganisation der ***NPD***, wollen sich mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, **Ignatz Bubis**, in der Gedenkstätte Buchenwald zu einem Gespräch treffen. Dies kündigte der Bundesvorsitzende der JN, **Holger Apfel**, in einem am 15. Februar '95 in München veröffentlichten Brief an Bubis an. Er wolle auf die von Bubis bekundete Bereitschaft eingehen, mit Vertretern der „neuen Rechten" in Buchenwald zu diskutieren. In dem Schreiben hieß es weiter, die NPD-Jugend wolle „gern einmal die Gelegenheit wahrnehmen, unsere politischen Visionen und Zielsetzungen mit Ihnen zu erörtern". Dabei solle auch der Öffentlichkeit klargemacht werden, daß von der politischen Rechten „als angebliche Wegbereiter von Terror und Gewalt" oder als „geistige Brandstifter" ein falsches Bild gezeichnet werde. Bubis hat jedoch ein solches Gespräch abgelehnt, da er nicht bereit sei, mit Kadern rechtsextremistischer Organisationen zu sprechen.

„Junge Freiheit" wird observiert

BeZe 12.3.95 - Als erstes Bundesland läßt Nordrhein-Westfalen die rechtsradikale Wochenzeitung ***Junge Freiheit (JF)*** vom Verfassungsschutz überwachen. Das Blatt werde ab sofort mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet, sagte ein Sprecher des Innenministeriums. Auch der Bundesverfassungsschutz erwägt schon seit längerem ähnliche Maßnahmen. Außerdem planen die Bundesländer Hamburg und Rheinland-Pfalz eine Überwachung des Blattes. Nach Angaben des NRW-Innenministeriums werden „deutliche Hinweise auf verfassungsfeindliche Bestrebungen" gesehen. Neben Artikeln mit rechtsextremistischem Inhalt gebe es im Umfeld des Blattes „strategische Überlegungen, wie diese Inhalte umgesetzt werden können". Zu diesem Zweck haben sich vor allem in den Universitätsstädten sogenannte „Leserkreise" gebildet, die nun unter Einsatz von V-Leuten besonders intensiv beobachtet würden. Das Innenministerium von Brandenburg, wo die JF erscheint, lehnte eine Überwachung durch den Landesverfassungsschutz jedoch ab. Währenddessen erklärte die Spitze der ***CDU***, daß sie davon ausgehe, daß keine ihrer Mitglieder mehr in der JF schreiben würden. Parteisprecher **Rolf**

Kiefer sagte, falls doch ein „verirrter“ christdemokratischer Funktionsträger auf die Idee käme, in dem Organ Beiträge zu veröffentlichen, müßte sich die Parteispitze damit beschäftigen. Der Bundesvorstand der ***Jungen Union*** betrachtet solche Artikel gar als parteischädigendes Verhalten und verlangte, gegen die betreffenden Personen Ordnungsmaßnahmen einzuleiten. Unterdessen wartete die „Junge Freiheit“ mit einem Neuzugang auf. Bereits seit dem Januar schreibt **Günther Zehm** unter dem Pseudonym **Pankraz** seine Glossen, die er vorher schon in der ***Welt*** und später im ***Rheinischen Merkur*** zum besten gab.

Gegen NPD

JW-Info, SZ, Welt 10.3.95, Spiegel 11/95 - Am Mittwoch den 8. März ´95 durchsuchten Staatsschutz und Polizei erneut die Bundesgeschäftstelle der rechtsextremen ***NPD*** in Stuttgart. In der Holzstr. 49 wurden Exemplare der Dezemberausgabe (!) der Zeitung ***Deutsche Stimme (DS)*** beschlagnahmt. Eine Druckerei in Oberhausen (NRW) wurde ebenfalls durchsucht, auch hier fand die Polizei die DS. Der Grund für die Durchsuchungen war ein Artikel der den millionenfachen Mord an Juden im dritten Reich leugnet. Dabei geht es um den Artikel *„Mit den Wölfen heulen? - Nein!“*. Außerdem wird als Schriftleiter der DS im Impressum der Chef der NPD **Günter Deckert** geführt, gegen den erneut ein Ermittlungsverfahren läuft. Währenddessen erklärte Deckert, er werde seine Partei für Mitglieder der im Februar verbotenen ***FAP*** öffnen. Die NPD sei für alle offen und biete jungen Leuten die Möglichkeit, sich umzuorientieren. Selbst Strafverfahren gegen Ex-FAP'ler sind laut Deckert kein Hinderngsgrund, soweit es politische Delikte betrifft, etwa Volksverhetzung oder Aufstachelung zum Rassenhaß. Bereits vor dem Verbot hatte das NPD-Vorstandsmitglied **Wolfgang Nahrath**, vormals Mitglied des Bundesvorstands der ebenfalls verbotenen ***Wiking-Jugend***, mit dem FAP-Chef **Friedhelm Busse** über eine mögliche Aufnahme von FAP-Mitgliedern im Falle eines Verbotes seiner Organisation beraten. Mittlerweile sind einige der Waffenfunde von den Durchsuchungen bei FAP'lern bekanntgeworden. Danach fand die Polizei u.a. in Kassel fünf Karabiner und fünf Handgranaten sowie in Berlin Material zur Herstellung von Rohrbomben.

Richteranklage gegen Orlet?

SZ 9.3., BeZe 24.3.95 - Mit großer Wahrscheinlichkeit wird der baden-württembergische Landtag Richteranklage gegen den Mannheimer Richter **Rainer Orlet** erheben. Die Entscheidung darüber müßte das Bundesverfassungsgericht (BVG) fällen. Dies wäre der erste Fall in der bundesdeutschen Justizgeschichte, eine solche Richteranklage ist bislang noch nie erhoben worden. Rainer Orlet erlangte traurige Berühmtheit durch dir Urteilsbegründung in einem Prozeß gegen **Günter Deckert**, Bundesvorsitzender der ***NPD***, dem er beste menschliche Bescheinigungen ausstellte. Er bezeichnete Deckert als einen „sehr sympathischen Mann mit festen Grundsätzen“, mit dem er durchaus befreundet sein könnte. Ursprünglich hatten nur die Sozialdemokraten im Landtag eine Richteranklage erwogen. Nach anfänglichem Zögern zogen dann auch Grüne und die FDP nach. Die CDU-Fraktion hat sich noch nicht entschieden, was der Landesvorsitzender der ***Jungen Union***, **Dirk Notheis**, scharf kritisierte. CDU-Fraktionschef **Günter Oettinger** befürwortete eine „beschränkte“ Anklage, Justizminister **Thomas Schäuble** hält ein Verfahren gegen Orlet „für verfrüht“. Am 22.. März konnte sich der Landtag dann wenigstens dazu aufraffen, von Orlet selbst eine schriftliche Stellungnahme zu den Vorwürfen gegen ihn einzuholen. Über die Einleitung der Richteranklage wollen die Abgeordneten dann im April oder Mai entscheiden. Den Meinungsumschwung der meisten Fraktionen bewirkte vor allem der frühere Präsident des BVG, **Ernst Benda**, der den ParlamentarierInnen erklärte, daß die Richteranklage wahrscheinlich eine Versetzung, aber keine Entlassung Orlets zur Folge hätte. Benda wertete Orlets Vorgehen als besonders gravierend. Lediglich eine Fraktion des Landtags stellte sich konsequent quer gegen die geplante Richteranklage gegen Orlet: Die der ***Republikaner***.

Rechtsextremes Jugendmagazin

JW 1.3.95 - *„Wir standen in Reih und Glied, Fahnen wehten im Winde, dumpf und kriegerisch dröhnten Trommeln, Fanfaren schmetterten, Kommandoworte, Reden uniformierter Führer: Wie stolz waren wir“.* **Eduard Länger**, Chefredakteur des Jugendmagazins ***Stafette***, zitiert in der Märzausgabe aus Tagebüchern von ehemaligen Hitler-Jungen. *„Ich fand das toll, daß ich die Bücher gefunden hatte, da habe ich natürlich etwas daraus genommen“*, erklärt Länger die Berichte über das *„lustige Jugendleben“* in *„Reih und Glied“.* In einem Artikel läßt sich Länger persönlich über die Jungenorganisation der NSDAP, die HJ, aus. Die Wörter Faschismus, Rassismus oder Militarismus kommen nicht vor. Stattdessen druckt er unkommentiert Propagandareden **Baldur von Schirachs**, dem ehemaligen „Jugendführer des Deutschen Reiches“, läßt über Geländespiele und *„heißersehnte Fahrtenmesser“* schreiben und erklärt seinen LeserInnen das Tragen von Ritterkreuzen. Auf die Verherrlichung der HJ angesprochen, erzählt Edurad Länger etwas von einem *„informativen“* Artikel, *„damit sich die Kinder und Jugendlichen vorstellen können, wie das Leben in der HJ war“: „Kaum mehr Hausaufgaben“* und *„Deutschland sieht auf Dich!“* nennt er seine Zwischenüberschriften - ohne Anführungszeichen wohlgemerkt. Eduard Länger meint: *„Daß Hitler ein Verbrecher war, das muß man nicht erst noch schreiben“.* Er fühlt sich falsch verstanden und versteht die Aufregung nicht, denn: *„In der DDR wurde die Jugend in der FDJ ja genauso verzogen, da gab es nur keine KZ“.* Mit einer Auflage von fast 100.000 Stück wird das im Nürnberger ***Sailer-Verlag*** hergestellte Magazin über Schulen vertrieben. Empfohlen wird das Machwerk von Kultusministerien, Zielgruppe der „Stafette“ sind 11- bis 15jährige SchülerInnen.

IGfM-Versammlung

JW 11.3.95 - Mitglieder der ***Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM)*** trafen sich am 11. März '95 im hessischen Königstein zur Jahreshauptversammlung 1995. Die als rechtsextrem einzustufende IGfM entstand 1972, maßgeblich beteiligt waren Mitglieder der militant antikommunistischen ***NTS***, einer prozaristschen, terroristischen Vereinigung aus Rußland. Die laut eigenen Angaben in Deutschland 3.000 Mitglieder starke Organisation wurde u.a. durch Solidaritätskampagnen für das Apartheidsregime in Südafrika bekannt. Enge Kontakte unterhielt die IGfM auch zu kroatischen Nationalisten wie **Dobroslav Paraga**, der zusammen mit dem IGfM-Vertrauten **Ante Paradjik** Aufbau und Aktionen der rechtsextremen terroristischen ***HOS***-Truppen steuerte.

Telekom gegen Nazis?

JW-Info 8.3.95 - Die Bundesregierung will Ende April '95 die rechtlichen Voraussetzungen für die technische Überwachung der neuen Mobilfunknetze schaffen. Im Innenausschuß des Bundestages habe am 8. März '95 bei den Vertretern von Regierung und allen Fraktionen Einigkeit bestanden, daß es - wie bereits bei den leitungsgebundenen Gesprächen - eine Kontrollmöglichkeit auch für den Telefonverkehr z.B. im D1- und im E-plus-Netz geben müsse. Zur Begründung hieß es unter anderem, Rechtsextremisten hätten ihre Taktik umgestellt und sich über Handys verständigt.

Bundesverdienstkreuz aberkannt

Taz 30.1., FR 16.2.95 - Dem Pforzheimer Unternehmer **Manfred Dreher**, Mitglied der ***CDU***, ist auf Drängen des nordrhein-westfälischen Innenministers Herbert Schnoor (SPD) das ihm 1989 verliehene Bundesverdienstkkreuz 1. Klasse vom Bundespräsidenten wieder aberkannt worden. Dreher, Chef eines umsatzstarken Unternehmens der Rüstungs- und Raumfahrtindustrie, hatte Ende November '91 eine Veranstaltung mit den Holocaust-Leugnern **David Irving**, **Ernst Zündel** und **Fred Leuchter** organisiert und finanziert. Im Pforzheimer Restaurant „Adler“ wurde von Irving vor etwa 100 ZuhörerInnen

die Existenz der Gaskammern in Auschwitz bestritten. Diese seien nur Attrappen gewesen, die nachträglich eingebaut wurden, als „Touristenattraktion". Nachdem der Westdeutsche Rundfunk im Oktober '92 über die Aktivitäten Drehers berichtet hatte, wandte sich Schnoor an Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Erwin Teufel (CDU) und forderte ihn auf, gegen Dreher ein Verfahren zur Aberkennung des Ordens einzuleiten. Teufel erklärte sich für „nicht zuständig", weil der damalige bayerische Innenminister Edmund Stoiber (CSU) die Ehrung Drehers angeregt hatte. Schnoor wandte sich 1993 mit der Bitte an den damaligen bayerischen Regierungschef Max Streibl (CSU). Streibl tat nichts. Nach dem Amtswechsel in München bat Schnoor Edmund Stoiber, die Sache in die Hand zu nehmen. Stoiber kam zu dem Ergebnis, daß Dreher Irving „ein öffentliches Forum zur Leugnung des Holocausts verschaffte". Dreher haben „gegen die dem Orden zugrundeliegenden Wertmaßstäbe verstoßen". Nach Auskunft des Düsseldorfer Innenministeriums ist dies der erste Fall, in dem ein Bundesverdienstkreuz nachträglich wieder aberkannt wurde.

KZ-Überlebender will klagen

JW 4.3.95 - Ein 72jähriger US-Amerikaner kann nach einem Urteil des Washingtoner Appellationsgerichts von deutschen Firmen eine Entschädigung für Zwangsarbeit im NS-Regime verlangen. Die Anwälte von **Hugo Princz** teilten mit, nach dem Beschluß des Gerichts werde sich ihr Mandant jetzt an ***BASF***, ***Hoechst*** und ***Bayer*** sowie an die zum Daimler-Konzern gehörende ***MBB*** halten. Diese Unternehmen sind aus den ***IG Farben*** und aus dem Flugzeughersteller ***Messerschmidt*** hervorgegangen, für die Princz als KZ-Häftling Zwangsarbeit leisten mußte.

Historiker oder Hysteriker?

BeZe 1.3.95 - Das neue Buch von **Rainer Zitelmann**, rechter Journalist und Historiker, beklagt sich in seinem neuen Buch über die Macht, die „die Linken" in der heutigen Gesellschaft hätten. Er schreibt über eine angebliche Vorherrschaft der „vereinigten Linken". In dem Buch *„Wohin treibt unsere Republik?"* sieht Zitelmann die Linke auf dem Vormarsch, mehr noch: „Auf dem Höhepunkt ihrer Macht"! Alles haben sie angeblich unterwandert oder erobert: Kirchen, Gewerkschaften, Kultureinrichtungen und natürlich die Medien. Die ganz besonders. Hat doch das linke Etablishment „massive Verstärkung durch die agitprop-geschulten Journalisten der ehemaligen DDR erhalten"... Seitdem wird der frühere Chefredakteur des ***Ullstein-Verlags*** von einem Alptraum geplagt: Der zwanghaften Vorstellung, eine neue Volksfront aus Grünen und gewendeten Kommunisten könnte die freiheitlich-demokratische Republik nach links verschieben und Deutschland in eine „DDR light" verwandeln. Im Gegensatz zu früheren Abhandlungen hat sich der Autor nach eigenen Aussagen diesmal weder um Distanz noch um die Betrachtungsweise eines „unparteiischen Geschichtswissenschaftlers" bemüht - das spürt man auch in fast jeder Zeile. Da hat sich ein rechter Eiferer, frustriert vom „jämmerlichen Versagen der traditionellen Konservativen", seinen Zorn von der Seele geschrieben. Polemisch und mit stark eingeschränktem Wahrnehmungsvermögen.

NS-Kriegsverbrecher bleibt frei

JW 2.3.95 - Der ehemalige Wehrmachts-Leutnant **Wolfgang Lehnigk-Emden**, der am 13. Oktober '43 nahe der süditalienischen Kleinstadt Caiazzo gemeinsam mit zwei Begleitern fünf Frauen und zehn Kinder ermordet hatte, muß sich nicht mehr für seine Tat verantworten. Der Bundesgerichtshof (BGH) bestätigte am 1. März '95 das Urteil des Landgerichts Koblenz, das im Januar '94 festgestellt hatte, die Tat sei verjährt. Diese Feststellung erklärte der BGH gestern für „rechtsfehlerfrei". Die Verjährungsfrist sei ab dem Tag der Tat und nach dem damaligen „Recht" für zwanzig Jahre anzusetzen, urteilte der BGH. Denn alle Sachverständigen hatten nicht ausschließen können, daß die Wehrmachtsjustiz Lehnigk-Emden für die Morde verurteilt hätte. Wäre der BGH zu dem Ergebnis gekommen, daß Lehnigk-Emdens Tat auch von der NS-Gerichtsbarkeit gebilligt worden wäre, hätte die Frist erst mit Gründung der BRD 1949 eingesetzt. Da Mord seit 1979 nicht mehr verjährt, hätte Lehnigk-Emden noch verurteilt werden können. Lehnigk-Emden, 1943 zwanzig Jahre alt, zog nach Kriegsende in die Gemeinde Ochtendung bei Koblenz. Er arbeitete als Architekt, machte Kommunalpolitik für die ***SPD*** und war bei der Arbeiterwohlfahrt aktiv. Erst Ende der 80er Jahre wurde bekannt, daß Lehnigk-Emden fünfzehn Morde begangen hatte. Das für Caiazzo zuständige Gericht von Santa Maria Capua Verde verurteilte ihn im Oktober 1994 in Abwesenheit zu lebenslanger Haft. Das Urteil kann jedoch in Deutschland nicht vollstreckt werden, da lebenslange Freiheitsstrafen nach deutschem Recht nicht in Abwesenheit verhängt werden dürfen. In Deutschland wurde Lehnigk-Emden von November 1992 bis Januar '94 in Untersuchungshaft genommen. Der BGH entschied nun auch, daß der heute 72jährige für diese Zeit keinen Anspruch auf Haftentschädigung hat und für seinen anwaltlichen Beistand selbst zahlen muß.

Bischöfe kritisieren Asylpolitik

FR 10.3.; Taz 12.3.95 - Heftige Kritik an der deutschen und europäischen Asylpolitik hat die ***Deutsche Bischofskonferenz*** geäußert. In einer am 9. März '95 in Münster zum Abschluß der Frühjahrs-Vollversammlung der Konferenz veröffentlichten Erklärung werden Einzelpunkte der derzeitigen Praxis als unangemessen, unzureichend und menschenunwürdig kritisiert. Vielfach werde Abschottung statt Schutz praktiziert. Das politische Vorgehen sei zum Teil „nicht nachvollziehbar". Gesetzliche und praktische Korrekturen seien „dringend geboten". Mit Blick auf das seit 1993 geltende Asylrecht verwiesen die Bischöfe darauf, sie hätten damals „ausdrücklich davor gewarnt, das Asylrecht in seiner Substanz auszuhöhlen". Die heutigen Erfahrungen gäben „Anlaß zu großer Sorge". Konkret bemängelten die Bischöfe die „zu schnell, zu lange und zu häufig" verhängte Abschiebehaft. Das Asylverfahrensrecht sei so kompliziert, daß ein wirksamer Rechtsschutz „nicht immer gewährleistet ist". Die Drittstaatenregelung lasse zu, daß auch „tatsächlich politisch Verfolgte" ungeprüft an den Grenzen abgewiesen und durch völkerrechtlich untersagte „Kettenabschiebungen" letztlich wieder ans Fluchtland ausgeliefert würden. Erstmals sei mit dem Asylbewerberleistungsgesetz eine Bevölkerungsgruppe aus dem Sozialhilfegesetz ausgenommen, das das „Existenzminimum für ein menschenwürdiges Leben" festschreibe; falls das zur Abschreckung geschehen sei, „werden Menschen in ihrer existenziellen Not mißbraucht". Änderungen sind nach Auffassung der Bischöfe auch beim Abschiebeschutz für gefährdete Flüchtlingsgruppen und beim Schutz von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen notwendig. Grundsätzlich treten die Bischöfe für eine „Harmonisierung" des Asylrechts auf europäischer Ebene ein . „Politik der Abwehr und Abschottung" sei aber keine Antwort auf das Schutzbedürfnis. Es dürfe nicht um „Übereinstimmung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner" gehen. Auf das Kirchenasyl gingen die Bischöfe nicht ausdrücklich ein. Sie dankten aber allen MitarbeiterInnen in den Gemeinden, Initiativen und Diensten, die sich zum Teil bis an ihre äußersten Grenzen einsetzten, um das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung wachzuhalten.

Währenddessen hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im Bundestag, **Rudolf Seiters**, die Kritik am Asylrecht energisch zurückgewiesen. Er warnte davor, den Asylkompromiß in Frage zu stellen und dem Staat die Instrumente zu nehmen, die er zur Bekämpfung illegaler Zuwanderung dringend brauche.

Flüchtlingszahlen rückläufig

AN 5/95 - Die Februar-Ausgabe der Zeitschrift „Innenpolitik", herausgegeben vom Bundesinnenministerium, meldet: 1994 haben 127.210 AusländerInnen in Deutschland Asyl beantragt. Gegenüber dem Vorjahr (322.599) bedeutet das einen Rückgang von 60,6 Prozent. 45,6 % oder 58.043 AsylbewerberInnen kamen aus den Staaten Ost- und Südeuropas, an der Spitze Ex-Ju-

goslawien mit 39.281 Menschen. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge entschied über 352.572 Anträge; 7,2 %, also ganze 25.578 Personen wurden als asylberechtigt anerkannt. Innenminister **Manfred Kanther** bewertete diese Bilanz natürlich als „sehr positiv" und appellierte an die Bundesländer, den „Asylkompromiß" weiterhin konsequent in die Praxis umzusetzen. Hierzu gehöre auch, abgelehnte AsylbewerberInnen abzuschieben. Bezeichend auch, daß sich die danach folgenden zwei Seiten des Heftes mit der Politik für die deutschen Minderheiten beschäftigt. Nach wie vor kommen monatlich im Schnitt 20.000 SpätaussiedlerInnen in die BRD, trotz aller finanziellen Hilfen, die ihnen vor Ort zukommen (für 1995 hat die Bundesregierung 115 Millionen DM bereitgestellt). Der Aussiedlerzug pro Jahr bleibt in etwa konstant, 1994 waren es 222.591 Personen. Zum Vergleich: 1993 kamen 218.888 Aussiedler, ein Jahr davor 230.565 Personen, die meisten aus der ehemaligen Sowjetunion. Die Integration dieser Menschen scheint dem Innenministerium überhaupt keine Probleme zu machen, hier lobt man „die große Gemeinleistung von Bund, Ländern und Gemeinden".

Antirassistische Arbeit im Betrieb

Unter diesem Titel kam jetzt eine Zeitschrift heraus, die gute Hintergrundinformationen zum Thema Rassismus im Betrieb liefert. Im ersten Teil wird auf Rassismus und Migration eingegangen und es werden Zahlen und Fakten zur weltweiten Flüchtlingssituation genannt. Der zweite Teil beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von sozialer Krise und rassistischer Ideologie. In den beiden letzten Abschnitten geht es um die betriebliche und gesetzliche Gleichstellungspolitik von „In- und Ausländern". Die Broschüre kann bestellt werden beim Internationalen Bildungswerk e.V., Bleichstr. 5-7, 63065 Offenbach und kostet inkl. Porto 10 DM.

Baden-Württemberg

NPD bedroht Heym

JW 6.3.95 - Der Schriftsteller und Alterspräsident des Bundestags, **Stefan Heym**, mußte am 3. März '95 in Stuttgart unter Polizeischutz mit seinen LeserInnen über seine Bücher diskutieren. Grund: Die Polizei befürchtete Krawalle der ***NPD.*** Die Rechtsaußenpartei hatte per Pressemitteilung Aktionen zu dem literarischen Ereignis angekündigt und Heym in tiefbrauner Manier als Juden und Kommunisten beschimpft. Drei Männer vom Staatsschutz bewachten Heym, als er das Podium in der Stuttgarter Stadtbücherei bestieg. Die NPD'ler blieben aber aus.

Prozeß gegen Polizisten

BeZe 18.2.95 - Der Prozeß gegen zwei Polizisten in Lörrach geht weiter. Diese hatten am 29. Juni '92 einen Senegalesen vor dem Lörracher Bahnhof festgehalten und verletzt (WGA #2). Am 17. Februar '95 wurden im Amtsgericht die beiden Polizisten, denen in erster Linie Freiheitsberaubung vorgeworfen wird, sowie mehrere Zeugen vernommen. Der Senegalese schilderte dem Gericht, wie er sich von den beiden Polizisten in Zivil terrorisiert und gefährdet gefühlt hätte. Diese hatten ihn, ohne sich ausreichend auszuweisen, angehalten und mit Sprüchen wie „Halt's Maul, du Affe" belegt. Als er sich wehrte wurde er brutal festgenommen (mit Tränengas, Schlägen und schmerzhaft geschlossenen Handschellen), aufs Revier gebracht und in eine Zelle gesperrt. Die Polizisten erklärten sie seien provoziert worden und es hätte außerdem nicht mehr gereicht den Senegalesen vor Ort zu kontrollieren, obwohl sie Unterstützung von zwei weiteren Polizisten erhielten. Desweiteren kam ihnen der Senegalese von Beginn an seltsam vor: Als er sie am Bahnhof gesehen habe, sei er auf einmal schneller gegangen.

Verharmlosung der NS-Justiz

SZ 8.3.95 - Die ***Neue Richtervereinigung*** (ein Verband gesellschaftskritischer Richter und Staatsanwälte, die den demokratischen und sozialen Rechtsstaat weiterentwickeln wollen) hat der baden- württembergerischen Landesregierung Verharmlosung der NS-Justiz vorgeworfen. Grund dafür war die Einladung des ehemaligen Ministerpräsidenten **Hans Filbinger** ***(CDU)*** zu einer Gedenkveranstaltung für NS-Widerstandskämpfer und die Rechtfertigung der Landesregierung dafür. Filbinger war nämlich als früherer Kriegsmarinerichter für zahlreiche Todesurteile wegen geringer Delikte verantwortlich.

Demo gegen Abschiebepolitik

AN 5/95 - Am 17. Februar '95 protestierten in Freiburg Flüchtlinge gegen die üble Abschiebepolitik in Baden-Württemberg. Sie überreichten dem Verwaltungsgericht Freiburg eine Resolution, in der sie auf die inhumanen Asylverfahren aufmerksam machten. Die Fluchtgründe sollten respektiert werden, die Prüfung der Asylverfahren sollte sorgfältiger erfolgen, die Urteile sollten die Menschenwürde und die Genfer Konvention berücksichtigen. Beim Verwaltungsgericht in Freiburg werde im Voraus über Abschiebehindernisse entschieden, die dann in der Regel von den Ausländerbehörden übernommen werden, obwohl inzwischen als gesichert gelten muß, daß zahlreiche Flüchtlinge nach ihrer Abschiebung (insbesondere nach Zaire) als „verschwunden" gelten. Ein Redner: „Wir können zwar viel sprechen, aber wenn ihr taub seid, werdet ihr nicht verstehen".

Bayern

Rassistischer Beamter

SZ 9.3.95 - Der bei der Regierung der Oberpfalz mit der Unterbringung von Flüchtlingen beauftragte Regierungsdirektor **Richard Mauthner,** der sich in einem üblen Leserbrief zum Mord an einer Taxifahrerin geäußert hatte, bleibt im Dienst. Mauthner hatte in Nürnberg in einem Brief an die Mittelbayrische Zeitung zu der Festnahme zweier Türken als mutmaßliche Täter geschrieben, daß im umgekehrten Fall - „wenn zwei junge Deutsche eine Türkin ermordet" hätten - „öffentliche Schambekenntnisse und Besserungsschwüre, Kniefall Bonns in Ankara, Nazikeule aus dem Sack" sowie „der erhobene Zeigefinger von **Ignatz Bubis**" die Folge gewesen wären. Regierungspräsident **Alfons Metzger** habe sich jedoch in einem Gespräch mit Mauthner davon überzeugt, daß Mauthner „keine ausländerfeindliche Einstellung vorgeworfen werden kann". Und so behält er seinen Job weiter.

Brandstiftung auf Friedhof

JW-Info 8./9.3.95 - In der Nacht zum 8. März '95 randalierten Nazis auf dem alten Stadtfriedhof in Fürstenfeldbruck. Sie warfen drei Grabsteine um, brannten das Lager- und Gerätehaus aus und beschmierten die Rückwand des Gebäudes mit SS-Runen, „Sieg Heil" und Hakenkreuzen. Der Gesamtschaden wird auf 70.000 Mark geschätzt. Einen Tag später wurde ein 19jähriger Mann und ein 21jähriger Münchner festgenommen, sie waren zusammen in der Tatnacht in der Nähe des Friedhofs gesehen worden. Der 19jährige gestand die Tat daraufhin. Der 21jährige steht unter Verdacht der Mittäterschaft. In ihren Wohnungen fand die Polizei rechtsextremes Material.

Selbstmord eines Flüchtlings

JW 3.3.95 - Ein äthopischer Flüchtling (44 Jahre) hat sich am 26. Februar '95 in der Abschiebehaft in der Würzburger Justizvollzugsanstalt erhängt. Nach Informationen kirchlicher Gruppen vor Ort war die Selbstmordgefahr des Flüchtlings bekannt. Er gehörte zu der in Äthopien

verfolgten Minderheit der Amharen. Nachdem er in Deutschland eine Morddrohung erhielt, brachte er sich mit seiner Familie außerhalb seiner Asyl-Aufnahmeeinrichtung in Sicherheit. Als er sich dort wieder meldete, war die Abschiebung bereits angeordnet.

Demos gegen Asylpolitik

JW 20.2.95 - Am 18. Februar '95 demonstrierten 300 Menschen in Nürnberg-Langwasser gegen die Law-and-Order-Politik des bayerischen Innenminister **Günther Beckstein** ***(CSU)*** und die Asylpolitik Bayerns. Zu dieser Demo unter dem Motto: „Das Unrecht in diesem Land hat System! Das System hat Name und Anschrift!", rief das Antifaschistische Aktionsündnis der Begegnungstätte **DESI** auf. Becksteins Haus als Kundgebungsort sollte verdeutlichen, daß Beckstein „nicht im Fernsehen wohnt". Das wurde aber vom Ordnungsamt der Stadt Nürnberg nicht genehmigt. Der ***DGB*** führte zeitgleich eine Demonstration in der Straße der Menschenrechte durch. Eine Bündnis-Sprecherin dazu: „Wir hätten eine gemeinsame Veranstaltung für sinnvoller gehalten".

Faschofeier in Nürnberg

JW 20.2.95 - Am 18. Februar '95 versammelten sich in Nürnberg 60 Rechtsextreme zu einer „Faschingsfeier". Sie brüllten vor einer Gaststätte Naziparolen, zeigten Hitlergrüße, beleidigten Polizisten und griffen diese anschließend an. Die Polizei nahm daraufhin 43 Rechtsextreme fest, welche am nächsten Tag aber wieder freigelassen wurden. 17 Beteiligte wurden dem Ermittlungsrichter überstellt.

Berlin

Neue Verhaftung wegen Kaindl

WGA - Am 14. März '95 stellte sich **Orhan Ulusal** der deutschen Justiz. Ihm wird vorgeworfen, an der Tötung des Rechtsextremsten **Gerhard Kaindl** im April '92 beteiligt gewesen zu sein. Nach der Festnahmewelle Ende 1993 tauchte Ulusal unter und wurde seitdem mit Haftbefehl gesucht. Bereits in letztem Jahr kam es wegen der Aktion zu einem Prozeß gegen sieben Angeklagte, der mit Urteilen bis zu drei Jahren endete.

Urteil gegen Neonazi

JW 10./14.3.95 - Zu zwei Jahren Haft wurde der Berliner Neonazi **Marcus Bischoff** am 10. März '95 vom Berliner Landgericht verurteilt. Der Vorwurf lautete auf Verstoß gegen das Verbot der Verbreitung von NS-Propaganda und Aufstachelung zum Rassenhaß. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß Bischoff zwei Pakete mit Propagandamaterial der NSDAP/AO in den USA bestellt und dieses sowie den ***NS-Denkzettel*** verbreitet hatte. Der 34 jährige Bischoff wurde am 5. September '94 am Rande des „Tags der Heimat" in Charlottenburg festgenommen. Während des Prozesses, in dem sich Bischoff selbst verteidigte, wurde klar, daß da ein überzeugter Neonazi vor Gericht steht. Ungehindert von Gericht und Staatsanwaltschaft verhöhnte er u.a. in einem halbstündigen Monolog das Leiden jüdischer Meschen und hetzte über die „Verschwörung des internationalen Judentums", die auch für seine Verhaftung schuldig sei. Bischoff ist Mitglied der ***Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene (HNG)*** und nach eigenen Aussagen bereit, für seine „Bewegung" alles zu geben. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, wie er aussagte, in Jugendclubs „national gesinnte" Jugendliche zu agitieren und sie durch gezielte Propaganda mit seinen Weltbildern zu versorgen. Der „NS-Denkzettel" wird von Berliner Neonazis hergestellt, die sich als „sozialrevolutionäre" Nationalisten beschreiben. Entscheidende Funktion fällt diesem „Kameradenrundbrief" durch die Propagierung des „Werwolf"-Konzeptes zu, einem Rückgriff auf die NS-Durchhaltestrategien am Ende des Zweiten Weltkriegs. Alle Entlastungszeugen trafen sich regelmäßig sowohl im Jugendclub als auch in der Wohnung von **Arnulf Priem**. Der 46jährige Führungskader der Berliner Neonaziszene war ebenfalls als Zeuge aufgeboten. Er wurde aus der U-Haft vorgeführt, da er selber gerade auf seinen Prozeß wartet, er ist wegen Verstoß gegen das Waffengesetz und Bildung enes bewaffneten Haufens angeklagt. Bei der freundlichen Befragung durch die Richterin bestritt er zu wissen, was wann in seiner Wohnung geschehen sei, in der nach seiner Verhaftung auch Sprengstoff gefunden wurde.

Junge Union: „National und aufrecht"

Taz 8.3.95 - Die Nachwuchsorganisation der CDU hat einen neuen Skandal. Vierzehn der jugendlichen Politiker wollen in Pankow den gesamten Kreisvorstand der ***Junge Union (JU)*** wegputschen und haben gegen ihren Vorsitzenden **Stefan Gernutt** und die Schatzmeisterin einen Mißtrauensantrag gestellt. Doch die im rechtsradikalen Tonfall gehaltene Begründung wollen sie nicht geschrieben haben. In dem Schreiben heißt es, der Kreisvorsitzende Gernutt und „seine linke Hand" hätten *„nach Belieben nationalbewußte und aufrechte JU-Kameraden denunziert und beleidigt. Es kann nicht sein, daß ein Wessi in der schwierigen Zeit des Aufbaus Mitteldeutschlands die Führung eines Kreisverbands hat. Leute, die sich um den Wehrdienst gedrückt haben, können nicht in den Zeiten der nationalen Bedrohung durch militante Ausländer und andere Elemente in der CDU oder der JU geduldet werden!"* Unterschrieben ist der Text nicht. Dem Mißtrauensantrag sind die Namen von vierzehn Mitgliedern der Pankower Jungen Union beigefügt. Der Vorsitzende der ***Berliner Schülerunion (BSU)***, **Christian Gräff**, gibt zu, den Pankower Mißtrauensantrag mitunterzeichnet zu haben. Er distanzierte sich zugleich von der auch von ihm als rechtsradikal eingestuften Begründung. Diesen Text kenne er nicht. Doch Gräff, am Telefon völlig durcheinander, konnte gewissen Ungereimtheiten nicht erklären. So sind sieben der vierzehn Unterzeichner erst eine Woche zuvor in den Pankower KV eingetreten. Warum diese sofort die Bezirksspitze absetzen wollen, begründete Gräff damit, daß die Neumitglieder die Arbeit des Kreisvorsitzenden und anderer zuvor auf Veranstaltungen verfolgt hätten. Inwiefern aber Vorsitzender und Schatzmeisterin der JU Pankow „durch ihr Auftreten geschadet und einzelne Mitglieder denunziert und in ihrer Arbeit behindert" haben sollen, wie es in dem Mißtrauensantrag heißt, wollte Gräff nicht sagen. Im Landesvorstand herrschte helle Aufreguung. „Wir versuchen herauszufinden, von wem die Begründung kommt", sagte Landesgeschäftsführer **Thorsten Dorn**, der sich ebenfalls von dem Pamphlet distanzierte. Dorn selbst ist unter politischen Druck geraten, weil er jüngst eine Presseerklärung zu einem Mahnmal eine antisemitische Überschrift verpaßte.

Angriff auf Ausländer

JW 26.2.95 - Am Sonntag, den 26. Februar '95, um sieben Uhr morgens auf der Neuen Schönhauser Straße in Mitte. Die Freunde P. aus Irland und A. aus Großbritannien unterhalten sich auf dem Nachhauseweg in englisch. Eine Gruppe von sieben bis acht deutscher Männer umstellt die beiden und greift sie an. Mit Sprüchen wie „Ihr scheiß Ausländer" schlagen die Angreifer mit Stahlstangen auf sie ein und stechen mit einem Messer zu - so die Aussagen der Opfer. Allein das Gespräch in englischer Sprache habe die Männer anscheinend zu dem Angriff veranlaßt, sagt A. Nach einem Schlag auf den Nacken und einer kurzen Bewußtlosigkeit habe er bemerkt, daß sein Freund schwer verletzt sei. Zwei dazugekommende Männer haben dann einen Krankenwagen gerufen, mit dem dann auch die Polizei eintraf. Obwohl sie zwei der Angreifer wiedererkannt hatten, haben die Polizeibeamten nicht einmal deren Personalien aufgenommen, kritisiert A. P. wurde aufgrund seiner Stichverletzung ins Krankenhaus eingeliefert. Seine beiden Lederjacken, die er übereinandergezogen hatte und die schnelle Hilfe haben ihm wahrscheinlich das Leben gerettet. Die Tatversion der Polizeidirektion Mitte, die eine

Strafanzeige aufnahm, lautete allerdings auf wechselseitige Körperverletzung. Täter und Opfer seien nicht eindeutig ermittelbar. Nach einem verbalen Streit habe P. den Deutschen aus einem Lokal gezerrt und anschließend mit einem Messer bedroht. Der Deutsche habe die Hand des Iren gepackt und ihm mit dem eigenen Messer vier Stiche in die Oberschenkel und mehrere Stiche in den Bauchbereich versetzt. Für P. aus Irland war das alles zuviel: Er verließ nach dem Krankenhausaufenthalt Deutschland.

Alt-Nazi beim Deutschen Roten Kreuz

Taz 24.2.95 - Der Berliner Landesverband des Deutschen Roten Kreuz hält an seinem Präsidenten **Hartwig Schlegelberger** fest. „Einhellig und uneingeschränkt" stehe man zu Schlegelberger, verkündete das Präsidium nach seiner Sitzung am Abend des 22. Februar '95. Die Vorwürfe seien „zu Unrecht erhoben worden", heißt es in einem Beschluß. Schlegelberger hatte sich zuvor gegenüber dem Gremium zu den Vorwürfen geäußert. Der 81jährige Schlegelberger soll in der NS-Zeit als Marinestaatsanwalt und Stabsrichter die Todesstrafe gegen Angehörige der Wehrmacht gefordert haben, die der Fahnenflucht und der Wehrkraftzersetzung angeklagt waren. Mindestens zwei Hinrichtungen soll er selbst geleitet haben. Schlegelberger rechtfertigte sich mit der Bemerkung, er sei zu den Hinrichtungen abkommandiert worden, „weil es meistens den Jüngsten traf". Sobald er als Staatsanwalt Todesurteile beantragt habe, habe dies dem damaligen Rechtszustand entsprochen. In den 60er Jahren war Schlegelberger Innen- und Finanzminister der CDU-Regierung in Schleswig-Holstein. Die Vorwürfe gegen den Berliner DRK-Präsidenten, der in Kiel wohnt, waren bereits 1963 und 1979 erhoben worden. Beide Male wurden die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen aber eingestellt. **Siegfried Zimmer**, der aus Protest gegen Schlegelberger sein Amt als Schöneberger Kreisvorsitzender niederlegte und vor wenigen Wochen aus dem DRK austrat, forderte unterdessen zum „Spendenstreik" gegen das DRK auf. „Es bleibt uns gar nichts anderes übrig bei der Hartgesottenheit und Blindheit der Verantwortlichen", sagte er. Geld- und Sachspenden sollten an andere Wohlfahrtsverbände geleistet werden, bis Schlegelberger zurücktritt. Ein Boykott von Blutspenden hingegen treffe den Landesverband kaum. In der Berliner Hauptverwaltung des Roten Kreuzes kursiert derweil ein Offener Brief des Betriebsrates an die Mitglieder des Präsidiums. Darin wird kritisiert, daß sich die DRK-Führung lediglich von Normen des Strafrechts leiten lasse. In dem Brief wird auf eine Erklärung hingewiesen, die seit 1991 von neuen Berliner DRK-Mitarbeitern unterschrieben werden muß. Die Mitarbeiter erkennen mit ihrer Unterschrift an, daß bei den Handlungen wider die Menschenrechte alle „Besitzstände und Anwartschaften" beim DRK verloren gehen. Die Klausel zielte freilich auf ehemalige DDR-Bürger. Schlegelberger trat sein Amt als Präsident ebenfalls 1991 an.

Nazis bedrohen Türkiyemspor

Taz, SZ 11.3.95 - Am 11. März 95 wurde im Sportforum Hohenschönhausen das Regionalligaspiel BFC Dynamo gegen Türkiyemspor ausgetragen. Schon Tage vorher wurde ein Flugblatt in Umlauf gebracht, in dem es hieß: *„An alle BFC-HOOLS, am 11.3.95 ist der große Tag, seid gewaltbereit um die Popel-Türkiyemspor in die Amateurliga zu knallen. Hoffentlich können wir dann endlich die feigen sogenannten Jugendbanden treffen. Das Sportforum Hohenschönhausen wird zur Reichskristallnacht ...der 12jährige Türke konnte leider am Samstag nicht mehr älter werden."* Schon in der Vergangenheit war es immer wieder zu rassistischen Provokationen und Übergriffen auf türkische Fans gekommen. Ein Fan sagte, es gäbe bis auf wenige Ausnahmen bei Auswärtsspielen regelmäßig Ärger. Für eine Racheaktion gibt es auch keinen Grund. Beim Hinspiel im August hatte es keine Ausschreitungen gegeben, obwohl BFC-Hools Sitze aus der Tribüne gerissen hatten. Etwa 40 Fans und Antifas hatten sich vorher getroffen, um gemeinsam nach Hohenschönhausen zu fahren. Ihnen standen 300 Hools und Faschos gegenüber. Zu größeren Ausschreitungen kam es nicht, da die meisten Türkiyemspor-Fans und Antifas das Spiel schon vor Ende verließen, um nicht den BFC-Hools zu begegnen.

Untersuchungen à la Heckelmann

JW 10.3.95 - Während in Brandenburg gegen acht Polizisten Anklage wegen des Verdachts der Mißhandlung von Vietnamesen erhoben wurde und in Hamburg Landespolizeidirektor **Krappen** nach rassistischen Polizeiübergriffen soeben seinen Hut genommen hat, geht in Berlin alles seinen gewohnetn Heckelmannschen Gang. Eine Presseerklärung der Beratungsstelle ***Reistrommel***, die gemeinsam mit mehreren geschädigten Vietnamesen vertretenden Rechtsanwälten verfaßt wurde, stellt klar, daß von 72 eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen Berliner Polizisten wegen Übergriffen auf VietnamesInnen inzwischen 38 wieder eingestellt wurden. Die vom LKA nach monatelangen Presseberichten Mitte 1994 eingerichtete Sonderkommission „AG Vietnam", die die Vorwürfe gegen die Polizisten prüfen sollte, wurde seit dem Herbst ständig personell ausgedünnt. Im Dezember wurde sie dann völlig aufgelöst. Wie die Beratungsstelle in ihrer Presseerklärung ausführt, sähe Innensenator **Dieter Heckelmann** nun seine mehrfach geäußerte Meinung bestätigt, daß die Vorwürfe gegen die Polizei allenfalls Einzelfälle, zumeist aber Produkte der Presse oder von Vereinen wie der Reistrommel seien. Im Gegensatz dazu kam es auch in jüngster Zeit wiederholt zu polizeilichen Übergriffen auf VietnamesInnen in Berlin. So wurde ab 26. Januar '95 ein Vietnamese an der Frankfurter Allee zuerst von einem Polizeihund gebissen und dann von einem Polizisten geschlagen. Am 8. Februar '95 sei ein weiterer Vietnamese auf einem Polizeirevier im Prenzlauer Berg mißhandelt worden. Beide Betroffene haben über Rechtsanwälte gegen die Polizisten Strafanzeige gestellt. Fast alle Verfahrenseinstellungen wurden damit begründet, daß die Aussagen der vietnamesischen Betroffenen gegenüber den Aussagen der beschuldigten Beamten nicht ausgereicht hätten, um den Tatvorwurf zu beweisen. Dagegen haben die mit der Vertretung der VietnamesInnen betrauten Rechtsanwälte Beschwerde eingelegt. In einigen Fällen sind daraufhin die Ermittlungen erneut aufgenommen worden, bei anderen steht eine Entscheidung darüber noch aus. Neben dem bereits mit Freispruch beendeten Prozeß hat die Staatsanwaltschaft lediglich in einem weiteren Fall Anklage erhoben. Es soll sich dabei um einen besonders schweren Fall polizeilichen Gewaltmißbrauchs handeln, dem Opfer wurden damals mehrere Rippen gebrochen. Der Prozeß soll, wie bei dem Tempo der Berliner Ermittlungsbehörden nicht anders zu erwarten) erst im Mai dieses Jahres eröffnet werden.

Antifa-Demos am 20. April

Am 20. April '95, dem Jahrestag von Hilters Geburtstag, wird es in Berlin zwei Antifa-Demonstrationen geben. Zum einen die schon traditionelle Demo von ImmigrantInnen, sogenannten „ausländischen Jugendlichen" und zweitens eine Demo der „Autonomen Gruppen in der PDS". Hier die Termine beider Demos:

ImmigrantInnen-Demo
16 Uhr - Kottbusser Tor

PDS-Demo
18 Uhr - S-Bhf. Marzahn

Wegen Mord verurteilt

JW 14.3.95 - Drei Männer im Alter von 18 bis 20 Jahren, die einen 43 Jahre alten Wohnungslosen ermordet haben, sind am 13. März '95 vom Berliner Landgericht zu Haftstrafen verurteilt worden. Der wehrlose Mann sei im August '94 „regelrecht hingerichtet" worden, sagte Richter Heinz-Peter Plefka. Das Gericht verhängte gegen die Täter Jugendstrafen von acht Jahren Haft. Die Angeklagten hatten sich gegenüber dem Wohnungslosen als Zivilpolizisten ausgegeben. Sie zwangen ihn, sich zu entkleiden und prügelten ihn mit Baseballschlägern, Gummiknüppeln und Fäusten. Anschließend ritzten sie dem Toten ein Hakenkreuz in den Rücken.

Angriff auf Anne Frank-Austellung

ND, Taz 28.2.95 - Bisher Unbekannte haben auf der Ausstellung „Die Welt der Anne Frank 1929 - 1945" im Prenzlauer Berg-Museum mehrere Plakate zerstört und ein Transparent vom Eingang entwendet. Die Plastikständer sind zertreten und im Gebüsch gefunden worden, teilte der Projektleiter **Thomas Heppener** mit. Seiner Ansicht nach handelt es sich bei diesem Akt „nicht nur um eine Aktion von Vandalen", sondern er vermutet, daß „eine politische Absicht" dahintersteckt. Es ist ein Sachschaden von etwa 5000 Mark entstanden. Es wurde Anzeige erstattet. Die Ausstellung war am 23. Februar '95 in Anwesenheit von **Miep Gies**, der letzten lebenden Helferin der Familie Frank in der Prenzlauer Allee eröffnet worden. Die Ausstellung soll noch in anderen Bezirken gezeigt werden.

Von-Fallersleben-Bildungswerk mit neuem Vorstand

BBZ #15 - Das ***Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk e.V.*** aus Berlin hat einen neuen Vorstand. Auf einer Mitgliederversammlung Mitte Dezember 94 wurde der Berliner **Rudolf Kendzia** als neuer Vorsitzender gewählt. R. Kendzia war ehem. Berliner Abgeordneter und ***Republikaner*** - Landesvorsitzender. Er löste den bisherigen Vorsitzenden **Karl-Heinz Panteleit** ab, dieser bleibt jedoch Mitglied.

Rechtsextremisten in der FPR

JW-Info 15.3.95 - 2.360 „Hobby-Polizisten" in Berlin waren in Strafverfahren rechtskräftig verurteilt worden. Das geht aus dem Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses zu der Affäre um die ***Freiwillige Polizeireserve (FPR)*** hervor. Bei weiteren 392 FPR-Mitgliedern waren Ermittlungsverfahren eingestellt worden. Der Untersuchungsausschuß war im Juni 1993 eingerichtet worden, nachdem rechtsextremistische Waffenhändler in den Reihen der FPR entdeckt worden waren. Wieviel Der FPL'ler vom Untersuchungsausschuß der rechtsextremen Szene zugeordnet werden, wurde jedoch nicht mitgeteilt.

Stammtischniveau

JW 28.2.95 - Gegenüber der Berliner Morgenpost äußerte der Berliner Innensenator **Heckelmann** *(CDU)*, daß Positionen aus dem linken Spektrum, die ein unbeschränktes Bleiberecht für Ausländer fordern, „die Integrationsbereitschaft der Deutschen" überfordern. Heckelmann zeigt offenbar keine Skrupel, wenn es um die Abschiebungen von Kriegsflüchtlingen geht.

Ermittlungsverfahren wegen Kirchenasyl

JW 14.3.95 - Erstmals ist gegen einen Pfarrer der evangelischen Kirche Berlin/Brandenburg ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, weil er Flüchtlingen Kirchenasyl gewährt hat. Dem Pfarrer der evangelischen Johann-Sebastian-Bach-Gemeinde in Lichterfelde, **Erko Sturm**, wird „Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländergesetz" vorgeworfen. Er hatte eine Frau aus Aserbaidschan und ihren Sohn Ende 1994 in Gemeinderäumen untergebracht, um sie vor der drohenden Abschiebung zu bewahren. Er habe die Innenverwaltung damals über den Vorgang informiert, sagte Sturm gegenüber dem Evangelischen Pressedienst. Landesbischof Huber bat die Behörden unterdessen, Kirchenasyl nicht mit Ermittlungsverfahren zu ahnden.

Büro gegen Fremdenfeindlichkeit

BM 17.3.95 - Im ***Antirassistischen Informationszentrum Berlin (ARIC)*** in der Schumannstr. 5 wird die Suche nach Büchern, Videos, Artikeln oder Adressenlisten von Organisationen, die gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz arbeiten, erleichtert. Die 6.000 Titel der hauseigenen Mediathek können jetzt per Computer abgerufen werden. ARIC ist ein Gemeinschaftsprojekt von acht Mitgliedsorganisationen. Darunter ist auch die ***Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen (RAA)***, aus deren Sammlung die Mediathek hervorgegangen ist. Das Infomaterial kann jeder einsehen, und wird kostenlos verliehen. Im vergangenen Jahr gab es 3 000 Ausleihen und mehr als 1000 Anfragen. „Wir bieten praktische Hilfe und Information", so Projektleiterin **Karin Hopfmann**. Geöffnet ist das ARIC: dienstags 11-15 Uhr, mittwochs 13-16 Uhr und donnerstags 9-13 Uhr. Tel. 238 43 02.

Mehr antisemitische Straftaten

SZ 15.3.95 - Die Berliner Polizei hat im vergangenen Jahr eine wachsende Zahl von Beleidigungen und Bedrohungen gegen Juden registriert. Wie aus der Kriminalitätsstatistik 1994 hervorgeht, wurden 104 antisemitische Straftaten begangen, 22,4% mehr als im Jahr zuvor. Insgesamt wurde bei rechtsextremistischen Straftaten eine Steigerung von 26,6% verzeichnet.

Strafantrag gegen Rechtsextremisten

BeZe 20.3.95 - Die Berliner ***SPD*** will gegen die Verfasser eines rechtsextremistischen Machwerks Strafanzeige wegen Volksverhetzung auf Aufstachelung zum Rassenhaß stellen. Wie Landesgeschäftsführer Rudolf Hartung mitteilte, war dem SPD-Landesverband ein ***Deutsches Manifest*** zugeschickt worden, in dem offen zu Gewalttaten gegen ausländische MitbürgerInnen aufgerufen wird. Als Absender der Hetzschrift habe sich eine ***Gesellschaft für Deutsches Volkstum*** zu erkennen gegeben. Sie habe „zur Befreiung unseres Landes" ab 9. Mai 1995 mit bewaffnetem Kampf aufgerufen. Dazu solle man sich jeder Art von Waffen bedienen - *„Benzin und Streichhölzer etc. Vollstreckt die Urteile der Volksgerichte an Verrätern und Volksfeinden".* Die Hetzschrift sei ein Beweis für die latente Bedrohung durch den militanten Rechtsextremismus. Ihre Verfasser müßten zur Rechenschaft gezogen werden.

Brandenburg

Nazis morden in Hennigsdorf

WGA - In der Nacht des 23. Februar '95 wurde in Hennigsdorf, nordwestlich von Berlin, der 20jährige **Guido Zeidler** von Neonazis erschlagen. Bisher gibt es unterschiedliche Darstellungen des Tathergangs, sicher ist aber, daß Guido Zeidler von mindestens fünf Rechtsextremisten getötet wurde und daß er allein war. Ob er, der verheiratet und Vater eines Kindes war, gezielt umgebracht wurde oder „zufällig" Opfer des Mordes wurde, ist bisher ebenfalls nicht klar. Eventuell mußte er wegen seines Aussehens sterben, da er lange Haare trug, was in Hennigsdorf für Faschisten schon öfter Anlaß war, diejenigen zusammenzuschlagen. Nach den bisherigen Informationen sollen an der Tat unter anderem der Schüler **Gordon Mathees**, der Lehrling **Maik Kumotat** sowie ein Mensch namens **Schramm** beteiligt gewesen sein. Wäh-

rend Schramm auf der Flucht sein soll, wurden die anderen beiden nach der Festnahme wieder auf freien Fuß gesetzt: Mathees auf Kaution und Kumotat, weil er angeblich in Notwehr gehandelt hat. Beide sind in Hennigsdorf bereits seit langem als rechtsextremistische Schläger bekannt. Bei einem Freund des Opfers sind nach dem Mord an Guido Zeidler ebenfalls Drohungen durch Neonazis eingegangen. Die Polizei interessierte sich bisher offensichtlich nicht besonders dafür, den Mord aufzuklären und auch in der Presse wurde die Tat heruntergespielt. Lediglich in einer einzigen Regionalzeitung wurde darüber berichtet, allerdings in einem Tenor, als handele es sich um einen Unfall. Vor seinem Tod wurden Guido Zeidler noch beide Kniescheiben zerschlagen, was die Polizei nicht dran hinderte, einen der Täter trotzdem noch wegen einer angeblichen Notwehrhandlung freizulassen.

Mordprozeß in Velten

RA 16.2., 6./8./10.3.95 - Am 23. Februar '95 begann vor der Jugendkammer des Landgerichts Neuruppin der Prozeß gegen vier Jugendliche aus dem Landkreis Oberhavel. Sie sind angeklagt, am 6. August '94 den 42jährigen **Gunter Marx** aus Velten angegriffen und ermordet zu haben. Demnach sind die vier Rechtsradikalen **Maik Linke** (19 Jahre), **Maik Kastner**, **Uwe Scheel** und **Thomas Friedrichs** an dem betreffenden Abend auf dem Weg zur Disco gewesen und hatten sich ihr Opfer zufällig ausgesucht. Als Gunter Marx mit dem Fahrrad an der Gruppe, die in einem Auto saß, vorbeikam, ist Maik Linke ausgestiegen und auf M. mit einem 50 cm langen Radmutterschlüssel losgegangen. Im Laufe des Prozesses wurde deutlich, daß das Opfer neben zahlreichen Schlägen und Tritten auch mindestens acht schwere Schläge auf den Kopf bekam, die dann tödlich waren. Wieweit die anderen drei Beschuldigten aktiv an diesem Mord beteiligt waren, steht noch nicht fest. Nach der Tat überfiel die Gruppe ein ebenfalls zufällig vorbeikommendes Ehepaar, diesmal war Uwe Scheel derjenige, der mit der Waffe dastand, er setzte sie allerdings nicht ein. Sämtlichen Angeklagten werden nicht nur diese beiden Überfälle und der Tod von Gunter Marx vorgeworfen, sondern noch mehrere andere Straftaten. Allein Maik Linke soll fünf weitere brutale Überfälle verübt haben, die anderen drei müssen sich ebenfalls wegen verschiedener Raubüberfälle verantworten. Bisher unklar ist, ob die Gruppe auch für den Überfall auf einen 80jährigen Mann am 30. Juli '94 verantwortlich ist, der damals ausgeraubt und mit dem Tod bedroht wurde. Alle vier Angeklagten haben bis einschließlich des fünften Verhandlungstages die Aussage zur Sache verweigert, am 14. März wurde der Prozeß wegen der Erkrankung einer Schöffin ausgesetzt, teilte die Richterin Gisela Thaeren-Daig mit. Was die Rolle der Polizei an dem Abend des Mordes angeht, hat der bisherige Prozeßverlauf auch nichts positives zutage gebracht: Anstatt nach den beiden Überfällen eine Fahndung einzuleiten, wurden lediglich einige Beamte von einer Verkehrskontrolle abgezogen. Diese konnten der Täter nur durch Zufall habhaft werden, weil die nochmal am Tatort vorbeikamen. Ein Besuch in der Disco, die als Treffpunkt der Rechtsradikalen bekannt ist, hielten die Beamten nicht für nötig.

„Nationalen"-Treffen

JW 20.2.95 - Für den 18. Februar '95 hatte der Funktionär der ***Nationalen***, **Frank Schwerdt**, eine Versammlung seiner Organisation in Spremberg angemeldet. Das Treffen wurde von den örtlichen Behörden untersagt. Das zuständige Verwaltungsgericht, vor das der Veranstalter gezogen war, sprach dagegen eine Teilgenehmigung aus. Ein Trupp Rechtsextremisten traf sich daraufhin in Spremberg, die Polizei wollte keine Angaben über die Anzahl machen. Von dort aus fuhren die Faschisten ins sächsische Weißwasser weiter, wo die Veranstaltung in einer Gaststätte durchgeführt wurde. Da das Treffen „friedlich" und „ohne Störungen" verlaufen sei, habe die Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten gesehen, erklärte die zuständige Direktion in Görlitz. Die „Nationalen" sind bereits seit über einem Jahr dabei, in Brandenburg eine Struktur mit vielen Kreis- und Ortsverbänden, sowie Jugendgruppen aufzubauen.

Polizisten angeklagt

JW 7.3.95 - Die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder hat gegen acht Polizisten aus Bernau (Kreis Barnim) Anklage wegen des Verdachts der Mißhandlung von VietnamesInnen erhoben. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft wurde gegen einen Polizeiobermeister und sieben weitere Beamte Anklage wegen Körperverletzung im Amt, Aussageerpressung, Freiheitsberaubung, gefährlicher Körperverletzung und versuchter Strafvereitelung erhoben. Die Angeschuldigten, die alle zur gleichen Dienstschicht der Bernauer Wache gehörten, werden beschuldigt, vom 25. Februar '93 bis 4. Juni '94 in Bernau 14 vietnamesische Zigarettenhändler sowie einen Polen gemeinsam körperlich mißhandelt und durch diese Mißhandlungen zu Aussagen gezwungen zu haben. Die Polizisten sollen ihre Opfer beim Handel mit unverzollten Zigaretten ertappt und bei der Festnahme und auf der Wache zum Teil widerrechtlich eingesperrt haben. Nach Gedächtnisprotokollen der Opfer hat es in Bernau 15 Fälle von Mißhandlungen gegeben. Die Vietnamesen berichteten, sie mußten sich nackt ausziehen und mit dem Gesicht zur Wand stellen. Danach sollen sie getreten und geschlagen worden sein. Die acht Beamten wurden vorläufig aus dem Dienst entfernt. Bereits im Dezember '94 ist ein Angestellter des Ordnungsamtes Biesenthal bei Bernau wegen sexueller Nötigung von vorläufig festgenommenen Vietnamesen vom Landgericht Frankfurt/O. zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt worden. Der Prozeß gegen die acht Polizisten wird ebenfalls vor dem Landgericht Frankfurt/Oder eröffnet werden.

Haftstrafen wegen Mißhandlung

RA 27.1.95 - Zu Haftstrafen zwischen eineinhalb und zweieinhalb Jahren sind am 26. Januar '95 von der Jugendstrafkammer des Neuruppiner Landgerichts zwei Frauen und drei Männer aus Velten verurteilt worden, die am 19. Juli vergangenen Jahres mit einer Axt in eine Wohnung in Velten eingedrungen waren und dort zwei 15jährige Jugendliche mißhandelt hatten. Vier Angeklagte im Alter von 18 bis 22 Jahren, die alle aus der rechtsextremen Szene stammen, wurden der Körperverletzung in Tateinheit mit sexueller Nötigung für schuldig gesprochen. Eine 40jährige Frau hatte die anderen Tatbeteiligten angestiftet. Alle TäterInnen waren bereits wegen ähnlicher Straftaten bekannt. Die Gruppe fiel mit der Begründung in die Wohnung ein, der 15jährige hätte der Tochter der 40jährigen Frau auf die Bluse gekuckt. Sie schwangen beim Eindringen eine Axt, schlugen und traten den Jungen und seinen Freund. Die Faschisten zwangen die beiden Jugendlichen, sich auszuziehen und folterten diese mit einem Feuerhaken und einer brennenden Zigarette. Den Opfern wurde gedroht, daß ihnen der Kopf oder Gliedmaßen abgeschnitten würde. Die Richterin Frau Thaeren-Daig zeigte sich schockiert über die Brutalität und verhängte die Strafen deshalb ohne Bewährung.

Durchsuchung in Fürstenwalde

JW 1.3.95 - Bei einer Wohnungsdurchsuchung in Fürstenwalde durch die Polizei, wurde Material der verbotenen rechtsextremen ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)*** zutage gebracht. Die beschlagnahmten Schriften gehörten einem 13jährigen. Die Durchsuchung fand satt, nachdem der Jugendliche mit zwei Kumpanen einen 33jährigen Mann am selben Tag überfallen und beraubt hatte.

Zusammenarbeit von Nazis

BBZ #15 - Für eine engere Zusammenarbeit aller „nationalen Kräfte" bei der praktischen Arbeit vor Ort wollen die ***Nationalen*** mit ihrer Initiative „Gemeinsam für Brandenburg" werben. Als Beispiel wurde die gegenseitige Unterstützung beim Sammeln von Unterschriften oder ähnlichem genannt. Auch über eine Absprache von Veranstaltungsterminen solle nachgedacht werden. So könnten beispielsweise gemeinsame Versammlungen zu mehr politischem Austausch

führen und wären auch für die „einfachen Mitglieder" interessanter. Darüberhinaus soll es künftig auch für Nichtmitglieder möglich sein, sich aktiv an der Arbeit der „Nationalen" zu beteiligen.

Urteile gegen Nazi-Schläger

JW 14.3.95 - Vor der Jugendkammer des Amtsgerichts Potsdam wurde am 13. März '95 der Prozeß gegen vier organisierte Rechtsextreme fortgesetzt, denen zwei Fälle von schwerem Raub und schwerer Körperverletzung vorgeworfen werden. Schon am ersten Verhandlungstag hatten die Angeklagten **René Wolf**, **René Pauralski**, **Steffan Rath** und **Sven Freymark** aus Neuseddin und Umgebung gestanden, im September 1994 zwei türkische Jugendliche in der Stadt Brandenburg angegriffen, mißhandelt und beraubt zu haben. Die vier Täter hatten die Jugendlichen auf offener Straße gejagt und dann mit einem nagelbestickten Baseballschläger auf sie eingeschlagen. Einer der türkischen Jugendlichen erlitt eine schwere Kopfverletzung und war mehrere Tage bewußtlos. Die Angeklagten behaupteten gegenüber ihren Opfern, der Angriff täte ihnen inzwischen leid. René Pauralski, der von dem einschlägig bekannten Berliner Nazianwalt **Aribert Streubel** vertreten wird, erklärte, er hätte „aufgrund seiner allgemeinen Ansichten über Ausländer auf Mustafa A. (Name geändert) eingeschlagen". René Wolf hatte ausgeführt, erst als Mustafa A. bewußtlos auf dem Bürgersteig gelegen habe, sei der Zweck der Aktion erreicht gewesen. Angesichts des Propagandamaterials, das in den Wohnungen der Angeklagten sichergestellt wurde, sind die Reuebekundungen der Täter zweifelhaft. In der Wohnung von René Pauralski hatten Polizeibeamte im September '94 u.a. mehrere tausend ungefaltete Blätter des Naziblattes ***Angriff*** und einen Mitgliedsausweis des angeblich aufgelösten ***Förderwerks Mitteldeutsche Jugend (FMJ)*** gefunden. Am 20. März befaßte sich das Gericht mit einem weiteren Überfall der Angeklagten Anfang September 1994 auf zwei polnische Touristen. Am 22. März erging dann das Urteil, die Angeklagten kommen für mehrere Jahre hinter Gittern. Bei Redaktionsschluß waren die genauen Urteile noch nicht bekannt.

Überfall auf Jugendlichen

RA 31.1.95 - Die Kripo Neuruppin und die Sonderkommission „Rechte Gewalt" der Staatsanwaltschaft ermitteln derzeit gegen einen 19jährigen Neuruppiner, der in den frühen Morgenstunden des 29. Januar '95 einen 17jährigen vom Fahrrad gestoßen und ihn anschließend mit einer Baseballkeule geschlagen haben soll. Der Täter soll sein Opfer nach einem Gaststättenbesuch verfolgt und mit seinem Auto vom Rad gestoßen haben. Der Oberstaatsanwalt meinte, daß es sich trotz des schweren Angriffs nicht um ein „versuchtes Tötungsdelikt" handelte und es deshalb keinen Haftbefehl geben würde. Bisher ist nicht mal geklärt, ob der 19jährige allein gehandelt habe. Auch wurde sein Name bislang nicht veröffentlicht.

Nazi-Gruppe gegründet

BBZ #15 - In Lübben hat sich eine Gruppe von „nationalen Jugendlichen" zu einer Kameradschaft der Jung-Nationalen zusammengefunden. Ihr Kontakt ist das Postfach 136, 15901 Lübben.

Hakenkreuze in Neuruppin

JW-Info 12.3.95 - Unbekannte Täter haben am 11. März '95 an die Neuruppiner Klosterkirche ein Hakenkreuz und Naziparolen gesprüht. Wie das zuständige Polizeipräsidium in Oranienburg mitteilte, ermittelt die Kripo.

Geschlagener Deutscher

ND 28.2.95 - Ein Vietnamese schlug am 16. Februar '95 einer 18jährigen Person in Guben mit der stumpfen Seite eines Beiles in die linke Hüftseite. Der Deutsche hatte zuvor abschätzige Bemerkungen über die in Deutschland lebenden VietnamesInnen gemacht.

Hamburg

Ermittlungen gegen Polizisten in Hamburg

JW 3.3.93 - Die Hamburger Staatsanwaltschaft ermittelt gegen 80 Hamburger Polizisten, denen einfache und gefährliche Körperverletzung sowie Nötigung und Freiheitsberaubung im Amt, vor allem gegen Schwarze, vorgeworfen wird. Ein Beamter hat in einer 30-stündigen Vernehmung über die Angriffe ausgesagt, inzwischen bestätigten Zeugen die Aussagen. Den Angaben zufolge hatten die Beamten Festgenommene im Gewahrsam entkleidet und sie mit Desinfektionsmitteln und Tränengas besprüht. Mit zwei ausländischen Menschen sollen im Freihafen Scheinhinrichtungen durchgeführz worden sein. Diese Aussagen führten zur Ablösung des Landespolizeidirektors **Heinz Krappen** und Versetzung des Leiters der Polizeidirektion Mitte **Richard Peters**. Nach Angaben des Anwalts des Polizisten der die Aussagen gemacht hatte, hat die Führung der Revierwache 11 (da waren die meisten Übergriffe) bereits 1992/93 auf Übergriffe gegen Ausländer aufmerksam gemacht. Dennoch wurden die Vorfälle erst jetzt aufgegriffen. Sogar die Gewerkschaft der Polizei fordert eine möglicht schnelle Suspendierung aller Beamten, auch der die davon nur wußten. Unter anderem soll in der Polizeischule ein neues Seminar „Polizei und soziale Minderheiten" eingeführt werden, da auch die „Berufsanfänger erhebliche Defizite in demokratischen Einstellungen und Verhaltensweisen aufweisen."

Hessen

Prozeß wegen Mordversuch

JW 16.3.95 - Vor dem Amtsgericht Aschaffenburg findet ein Prozeß gegen den Neonazi **Werner Fleckenstein** statt. Dieser wird beschuldigt, gemeinsam mit anderen Naziskins bei einem „Aktionstag gegen den multikulturellen Wahnsinn" am 9. Januar 1993 drei Antifaschisten mit Waffen gejagt und in den Main getrieben zu haben. Das Jugendschöffengericht verhandelt gegen den Angeklagten wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung. Der ursprüngliche Ermittlungsgrund „versuchter Totschlag" wurde fallengelassen, da die Tat niemandem konkret zugeordnet werden konnte. Der Angeklagte hatte sich, dies wurde auch von der geladenen Kriminalpolizei bestätigt, in den Kreisen der ***FAP*** bewegt. Zudem sei er Mitglied einer der polizeibekannten Skinheadgruppe. Nach Angaben der Jugendgerichtshelferin läuft aufgrund des Zeigens des Hitlergrußes ein weiteres Verfahren gegen den Nazi. Der Vater des Angeklagten bestätigte als Zeuge die Teilnahme seines Sohnes am „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" in Fulda. Die von der Verteidigung geladene Zeugin **Spindler**, bis zum FAP-Verbot deren bayerische Landesschatzmeisterin, sollte den Angeklagten entlasten. Der Versuch scheiterte jedoch, da sich Spindler in Widersprüche verstrickte und offensichtlich falsche Angaben machte. Bereits der erste Prozeßtag verlief ganz im Sinne des angeklagten Faschisten. Im Zuge der Aussagen der Opfer interessierten sich Staatsanwaltschaft und Verteidigung hauptsächlich für antifaschistische Strukturen und die Bewaffnung der Opfer. Dem Tathergang schenkten sie weniger Beachtung. Einer der betroffenen Antifaschisten erkannte in einer Gegenüberstellung den Neonazi **Sascha Otto**, der als Zeuge geladen war, als weiteren Täter wieder. Gegen ihn wird jetzt ebenfalls ein Verfahren eröffnet werden. Zu den Angriffen kam es während des „Aktionstags", den die ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** in Frankfurt/Main organisiert hatten. Die drei Antifas bewachten einen Parkplatz am Mainufer, auf dem häufig ausländische Menschen, die sich die teuren Hotels der Stadt nicht leisten können, in ihren Autos übernachten. Dort wurden sie von den Neonazis angegriffen. Mit dem Ruf „Wir schlitzen euch auf" jagten die Angreifer, bewaffnet mit Steinen,

Schlagstöcken, Leuchtspurmunition und Messern, die Antifaschisten in den Fluß. Im eiskalten Wasser mußten die Verfolgten weit in den Main hineinschwimmen, um aus der Schuß- und Wurfweite der Faschisten zu gelangen. Zwei der Angegriffenen versteckten sich flußabwärts im Wasser unter dem Gebüsch, der dritte durchquerte den Fluß und hielt sich auf der anderen Seite an der Kaimauer fest. Weitere Angriffe konnten herbeieilende Antifaschisten verhindern, die Neonazis flohen in ein Polizeirevier. Über deren weiteres Verbleiben gab die Polizei keine Auskunft. Die drei Gejagten wurden mit schweren Schocks und lebensgefährlichen Unterkühlungen in die Intensivstation verschiedener Krankenhäuser gebracht. Zwei waren durch die zur Hilfe kommenden Antifas gefunden worden, einer davon bewegungsunfähig im Wasser liegend. Der Dritte konnte gerade noch gefunden werden, als er gerade das Bewußtsein verlor. Noch in der Nacht versuchten Kommissare des Staatsschutzes, die Angegriffenen auf der Intensivstation zu verhören.

Neonazis überprüft

JW, Taz 6.3.95 - Die Gießener Polizei hat am Samstag abend in einer Gemeinde bei Wetzlar rund 100 Mitglieder einer rechtsextremen Organisation überprüft. Etwa 170 Teilnehmer hätten sich einer Gaststätte in Leun-Bissenberg offenbar zur Jahresversammlung der ***Hilfsorganisation für nationale Gefangene und deren Angehörige (HNG)*** getroffen, berichtete die Polizei. Nach Feststellung der Personalien wurden die meist jüngeren Männer und Frauen wieder entlassen. Die HNG soll 200 Mitglieder im Bundesgebiet haben und ist nicht verboten. In den Mitteilungen der Organisation würden die Ziele wie folgt beschrieben: „Die Vereinigung unterstützt inhaftierte Neonazis materiell und ideell. Sie ist bemüht, die aus der Haft entlassenen Gesinnungsgenossen wieder in die rechtsextremistische Szene einzugliedern." Bei der Überprüfung seien weder Waffen noch Propagandamaterial gefunden worden.

Knast für Antifaschisten

JW 15.2.95 - Der wegen schwerem Landfriedensbruch verurteilte Antifaschist **Gunther S.** wartet auf den Bescheid in den Knast zu gehen. Sein Antrag auf Revision durch das Mainzer Landgericht schmetterte der Bundesgerichtshof jetzt ab. Er hatte schon ein halbes Jahr in U-Haft verbracht und muß jetzt noch eineinhalb Jahre in den Knast. Gunther wurde von der 2. Strafkammer des Landgerichts Mainz unter dem Vorsitz des Richters **Friedrich Jungbluth** für schuldig befunden, mit anderen Antifas ein Treffen der ***Deutschen Nationalisten (DN)***, früher ***Deutsche Alternative (DA)***, angegriffen und deren Autos beschädigt zu haben. In dem Indizienprozeß verurteilte ihn Jungbluth wegen dem Fund von Glassplittern, einem Knüppel, einer Liste mit Autonummern und seiner Gesinnung. Ein Antrag auf Neuaufnahme des Verfahrens wegen einer geschwärzten Zweitakte der Polizei, sowie der Zurückhaltung entlastender Zeugen wurde abgelehnt.

Hey du, schon gehört?

Redaktionsschluß

für die nächste Ausgabe:

20. April, April

Bis dahin muß alles hier sein, was rein soll!

Adresse / Fax siehe Seite 2

BRD verunglimpft

JW, Taz 9.3.95 - Wegen „Verunglimpfung des Staates" ist ein 41jähriger arbeitsloser Werkzeugmacher am Dienstag vom Amtsgericht Frankfurt/Main zu 2.400 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Der Mann hatte im Juli auf einer Protestversammlung in Frankfurt unter anderem von „staatlich verordnetem Faschismus" und „staatlichem Rassismus" in der Bundesrepublik gesprochen. Im Mittelpunkt der Protestversammlung stand der Tod eines 16jährigen Kurden in Hannover, der von einem Polizisten erschossen worden war.

Mecklenburg-Vorpommern

Angriff auf Chinesen

Taz 7.3.95 - Im Zentrum von Greifswald gab es Ende Februar '95 einen Angriff von etwa zwanzig Jugendlichen auf eine Wirtschaftsdelegation aus China. Eine Chinesin, die im Auftrag des chinesischen Postministeriums die Greifswalder Siemens-Niederlassung besichtigt hatten, wurde mit einem Messer angegriffen und durch einen Faustschlag verletzt. Die Täter im Alter von etwa 12 bis 16 Jahren konnten unerkannt entkommen. Die Staatsanwaltschaft behauptet, Erkenntnisse über politische Motive lägen nicht vor.

Niedersachsen

Gegen § 129a-Ermittlungen

JW 22.2., ND 13./14.3.95 - Die Generalstaatsanwaltschaft (GSA) hat 17 angebliche Mitglieder der Göttinger Gruppe ***Autonome Antifa M (AA M)*** vor dem Oberlandesgericht Celle angeklagt. Sie sollen eine „kriminelle Vereinigung" (§129) gegründet und als solche für eine „terroristische Vereinigung" (§129a) geworben haben sowie anläßlich von Demonstrationen weitere Straftaten begangen haben. Ohne daß gegen sie bislang Anklage erhoben wurde, beschuldigt die GSA weitere elf Personen der Mitgliedschaft in der Antifa M, sechs Personen werden dieses „Vergehens" verdächtigt. Ermittlungen nach §129a laufen darüberhinaus gegen den linken Göttinger Buchladen Rote Straße. In den Augen der Ermittler habe die Antifa M mit einem von ihnen vertriebenen und verklebten Plakat zur Knastsprengung in Weiterstadt für die ***Rote Armee Fraktion (RAF)*** geworben. Weitere konkrete Ergebnisse, das räumt der Ermittlungsbericht des niedersächsischen Landeskriminalamts (LKA) ein, „über eine tatsächliche Zusammenarbeit zwischen der AA M und der RAF liegen hier derzeit nicht vor". Bei den angeblichen Straftaten handelt es sich im wesentlichen um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz. Die Angeklagten hätten die Demonstrationen in der Regel nicht oder nicht formgerecht angemeldet und sich teilweise vermummt oder gar „passiv bewaffnet". Eine weitere Straftat, nämlich Nötigung, sollen einige der Angeklagten im Juni 1992 begangen haben; damals hatt die Geschäftsleitung eines Göttinger Hotels eine Veranstaltung mit dem Vorsitzenden der rechtsradikalen ***Paneuropa-Union***, **Otto von Habsburg**, abgeblasen, nachdem Antifaschisten eine Blockade vor dem Hotel angekündigt hatten. Grundlage der Anklagen sind jahrelange Ermittlungen der Sonderkommission 606 des LKA. Mit gigantischem technischen Aufwand wurden rund um die Uhr Wohnungen, Kneipen und versammlungslokale observiert. Offiziell, das heißt richterlich genehmigt, wurden allein zwischen dem Oktober '93 und dem August '94 13.929 Telefongespräche mitgehört, mitgeschnitten und protokolliert - Angeklagte und Anwälte gehen allerdings davon aus, daß der Umfang wesentlich größer ist. Beamte folgten über Jahre hinweg einzelnen Personen auf Schritt und Tritt. „Vorläufiges verfahrensrelevantes Ergebnis" der Ermittlungen sind 31 prall gefüllte Aktenordner. Eine unbekannte Zahl weiterer Akten befindet sich noch bei der GSA. Am 5. Juli 1994 wurden 17 Wohnungen von beschuldigten, zwei Druckereien und eine Buchhandlung durchsucht. Auslöser der Ermittlungen seien eine Aktion gegen das Wohnhaus des damaligen ***FAP***-Landesvorsitzenden **Karl Polacek** und eine Versammlung der ***NPD*** im Oktober '91 sowie der Brandanschlag auf das Gebäude einer Göttinger Studentenverbindung eine Woche später gewesen, so das LKA. Ereignisse, die in den Anklageschriften ebensowenig auftauchen wie 52 andere inzwischen weitgehend aufgeklärte Anschläge, mit denen die Behörden die Gruppe früher in Verbindung brachten. Die Autonome Antifa M sieht in der Anklageerhebung den Versuch, eine politisch unliebsame Gruppe um jeden Preis zu kriminalisieren. Insbesondere ihre Bündnispolitik sei der Hardliner-Fraktion im Staatsapparat ein Dorn im Auge.

Am 11. März ´95 demonstrierten in Göttingen dann ca. 1.000 Menschen, darunter auch Politiker von ***SPD*** und ***Grünen***, gegen die Überwachung und Kriminalisierung der Autonomen Antifa. Im Laufe der Ermittlungen wurden sogar SPD-Politiker observiert. Die niedersächsische SPD-Abgeordnete **Hulle Hartwig** soll laut den Ermittlern zum „autonomen Umfeld" gehören, obwohl sie sich selber nicht als Sympathisantin der Autonomen Antifa M sieht. Dennoch tauchte sie immer wieder in den Ermittlungsakten auf.

Antifa-Mailbox in Celle

WGA - Der ***Antifaschistische Arbeitskreis Celle*** hat seit dem 9. Februar '95 eine Mailbox in Betrieb genommen, die jeden Donnerstag von 18.00 bis Freitag 4.00 Uhr genutzt werden kann. Diese Mailbox wird hauptsächlich aus aktuellem Anlaß, der Planung des antifaschistischen Pfingstcamps '95 im Landkreis Celle durch das ***Bündnis gegen Rechts - Initiative zur Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf***, betrieben. Sie beinhaltet Informationen über dieses Bündnis, Presseartikel zu diesen Themen, Flugblätter des Antifaschistischen Arbeitskreises Celle u.s.w.. Außerdem bietet sie Platz für Eure Flugblätter, Termine, Rundbriefe und Ankündigungen. Wenn Ihr etwas veröffentlichen wollt, könnt Ihr dieses direkt auf der Mailbox laden oder auf Diskette im ASCII-Format an den Arbeitskreis schicken. Außerdem werden alle Leute gebeten, Artikel zum Thema Hetendorf, die in Zeitungen ihrer jeweilgen Städte veröffentlicht wurden, an das Postfach des Arbeitskreises zu schicken oder direkt auf der Mailbox zu laden.

Antifaschistischer Arbeitskreis Celle
c/o Celler Zündel, Postfach 1591, 29205 Celle
Mailboxnummer 05145-93007 jeden Do. 18.00 Uhr - Fr. 4.00 Uhr

Auch gegen die Grünen und gegen die Arbeiterwohlfahrt wird ermittelt, da sie der Antifa M Räume zur Verfügung gestellt haben sollen. Die SPD-Politikerin wird sich an Niedersachsens Ministerpräsidenten wenden, um eine Veröffentlichung der Aufzeichnungen und deren Auftraggeber zu erreichen.

Streit um Gedenktafel

SZ 16.3.95 - Die ***Republikaner (REP)*** im Stadtrat Hannover haben einen Dringlichkeitsantrag gestellt, an der Lutherschule eine Ernst-Jünger-Gedenktafel für den Schriftsteller anbringen zu lassen. Dort soll Ernst Jünger 1914 sein Notabitur abgelegt haben. Der *CDU*-Bürgermeister der Stadt schloß sich dem Vorschlag an, der *SPD*-Oberbürgermeister wird die Bemühungen der REP nicht unterstützen. In den Unterlagen der Schule tauchte Jünger nie als Abiturient auf, außerdem lebt er noch, und es ist nicht üblich, Lebende mit Gedenktafeln zu ehren. Aber die entscheidende Frage ist für die meisten das Verhältnis zu Ernst Jünger, der zeitweilig die Nationalsozialisten propagiert hatte.

Antifa-Aktion in Buchholz

WGA - Am Samstag den 25.Februar '95 verhinderten mehr als 70 Antifas aus der Region eine Veranstaltung der rechtsextremen Szene in Buchholz. Der ***Freundeskreis Filmkunst e.V. / Heideheim e.V.*** hatte im Hause des Neonazifunktionärs **Gerhard Henning** in der Soltauer Straße 74 zu einem „philosophischen Abend" geladen. Durch Flugblätter und Transparente machten Antifas auf das Treffen aufmerksam. Henning verbarrikadierte sich im Haus und blies die Veranstaltung ab und die Veranstaltungsteilnehmer verließen das Gelände, da die Polizei nur etwa zwei Dutzend Einsatzkräfte zusammenziehen konnte. Zwischendurch tauchte noch der niedersächsische *FAP*-Schatzmeister **Stefan Bliesmer** aus Tostedt auf, auch er blieb nicht lange. Nach etwa drei Stunden war die Aktion dann beendet. Der Heideheim e.V. ist die Leitung und Verwaltung des faschistischen Schulungszentrums in Hetendorf, der Verein wurde 1990 extra gegründet, um den Freundeskreis Filmkunst e.V. in der Leitung abzulösen, der Vorsitzende des Heideheim-Vereins ist der Neonazianwalt **Jürgen Rieger**.

Nordrhein-Westfalen

Anklage gegen „Aktion Volkswille"

JW 22.2.95 - Am 21. Februar '95 begann vor der Staatsschutzkammer des Dortmunder Landgerichts der Prozeß gegen zwölf Mitglieder der sogenannten ***Aktion Volkswille***. Ihnen wird neben der massiven Ausübung von Telefon- und Psychoterror, der Schändung antifaschistischer Gedenkstätten sowie diversen Bomben- und Morddrohungen u.a. der Brandanschlag auf ein Zeitungsbüro, der Bau von Sprengkörpern und die wiederholte Aufforderung zum Mord vorgeworfen. Einige der Angeklagten sind „Aktivisten" der ***Anti-Antifa*** müssen sich zudem wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verantworten. Als Rädelsführer wird gegen den 29jährigen **Marc Meier zu Hartum** verhandelt, der die regelmäßigen Zusammenkünfte der Gruppe vor Gericht als „überparteiliche Stammtische, an denen alle national denkenden Menschen teilnehmen können" bezeichnet. Im Laufe des Jahres '92 führte die Aktion Volkswille, die inzwischen mehr als 50 Mitglieder hat, verschiedene Straftaten durch, u.a. beorderten sie Leichen- und Krankenwagen vor die Haustüren von GewerkschafterInnen und AntifaschistInnen, lockerten die Radmuttern am Wagen eines Ex-DKPlers und bastelten Bomben. Der ehemalige „Ortsgruppenführer" in Bochum-Wattenscheid **Marcus Scholz** gab 1993 ein Interview in der niederländischen Zeitschrift **Vrij Nederland**, in dem er die Reorganisation der ***NSDAP*** als Zielsetzung der „Bewegung" angibt und von einer Rundreise zu den Nazi-Größen in Europa berichtet. Wenig später verschickte der heute 21jährige Scholz eine gefälschte Pressemitteilung ins In- und Ausland, der zufolge „zwei Kameraden" von „Kommunisten und Ausländerfreunden" ermorden sein sollten und rief zu Vergeltungsmaßnahmen auf. Im Dezember 1992 wurde Scholz mit fünf anderen Mitgliedern von der Polizei kurz vor einem Treffen mit Leuten des ***Ku Klux Klan (KKK)*** verhaftet. Bei Hausdurchsuchungen wurden neben Propagandamaterial, Waffen, Fernzündern und sonstigen elektronischen Bauteilen auch Chemikalien zum Bombenbau gefunden. Ein Sprecher der Polizei meinte, daß man mit diesem Sprengstoff „halb Bochum in die Luft hätte jagen können". Die Verhafteten damals waren jedoch nach wenigen Monaten wieder auf freien Fuß. Scholz fand dann einen neuen Job bei der ***CDU*** in Wattenscheid. Seine dortigen Aufgaben als Pressesprecher erledigte er bis eine örtliche Antifagruppe den Skandal öffentlich machte.

Abschiebung eines Flüchtlings verhindert

JW 9.3.95 - Die Abschiebung des algerischen Flüchtlings **Boualem Sadadou** wurde am 1. März ´95 von Flugpassagieren verhindert. Einige Mitglieder eines Runden Tisches in Soest hatten mit allen Mitteln versucht, die Abschiebung des Flüchtlings zu verhindern, dennoch wurde er von der Polizei in die Abschiebehaft gebracht. Nach intensiven Nachforschungen konnten sie den geplanten Abflug der Maschine erfahren, die ihn abschieben sollte. Einige Leute dieser Gruppe fuhren zum Flughafen und verteilten einen Aufruf an die Passagiere, den Flugkapitän zu bitten, die Mitnahme des Flüchtlings zu verweigern um eine Wiederaufnahme des Verfahrens des Flüchtlings zu erreichen. Einige Passagiere reagierten und weigerten sich mitzufliegen, solange der algerische Flüchtling an Bord ist. Der Kapitän und die Crew fällten dann die Entscheidung, daß der Flüchtling eine Gefahr für die Sicherheit bilde und flogen ohne ihn.

Neue Verhandlung wegen Volksverhetzung

BeZe, SZ 8.3.95 - Wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung müssen sich drei Männer der rechtsextremen Szene vor dem Gericht verantworten. Das Oberlandesgericht Hamm hob ein Urteil des Paderborner Landgerichts auf, das die Angeklagten, die vor einem Übergangswohnheim in Bad Driburg fremdenfeindliche Parolen brüllten, freigesprochen hatte, weil laut diesem Urteil die Menschenwürde der Heimbewohner nicht angegriffen war. Die Männer waren im Oktober 1993 mit rund 30 Rechtsradikalen vor das Übergangsheim gezogen und hatten Parolen wie „Ausländer raus" und „Wir wollen keine Asylantenheime" gerufen. Das Schöffengericht Höxter verurteilte sie wegen Volksverhetzung zu Geldstrafen bis zu 9000 Mark, das Paderborner Landgericht sah den Tatbestand jedoch nicht erfüllt und hob das Urteil wieder auf. Die drei Angeklagten im Alter zwischen 27 und 33 Jahren wurden in der Neuauflage des Stuttgarter Neonazi-Prozesses bereits zu Haftstrafen zwischen siebeneinhalb und 18 Monaten auf Bewährung verurteilt worden, da sie als ehemalige führende Mitglieder der ***FAP*** gegen das Vereinigungsverbot verstoßen haben.

Reader zum „Collegium Humanum"

AN 1/95 - Im Rahmen der Kampagne „Gemeinsam gegen das Collegium Humanum" hat das AKE-Bildungswerk einen 55-seitigen Reader zusammengestellt, der einen Einblick in Geschichte und Gegenwart dieser rechtsextremen Vereinigung ermöglicht. Diese Broschüre umfaßt zunächst einige Artikel, die in anderen Zeitschriften über das ***Collegium Humanum (CH)*** und die Hintergründe seiner Tätigkeit veröffentlicht wurden. Danach sind Artikel aus den ***Lebensschutz-Informationen***, der Verbandszeitschrift des mit dem CH eng verflochtenen ***Weltbund zum Schutze des Lebens*** dokumentiert. Komplettiert wird dies durch Presseartikel aus den Lokalzeitungen zum gleichen Thema. Die Textsammlung macht deutlich, daß sich über Jahre hinweg bislang ungestört rechtsextreme Führungspersonen in Vlothe (NRW) trafen. Sie belegt die anläßlichd er Protestkundgebung gegen das CH Anfang Dezember erhobenen Vorwürfe. Die Broschüre kostet 6 DM plus Porto. Bestelladresse: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 32602 Vlotho.

Faschos gestehen Tötung eines Obdachlosen

JW, Welt, Tsp 17./18.2.95 - Schwänen und Enten hatten sie den Hals umdrehen wollen, sich dann aber doch entschieden, „Penner zu klatschen". Nach kurzer Suche sind sieben 16- bis 24jährige Männer in der Nacht des 5. Februar '95 in Velbert bei Essen dann auf den 65jährigen obdachlosen **Horst Pulter** gestoßen, der auf einer überdachten Parkbank schlief. Sie mißhandelten den Mann und traten ihn zusammen. Zuletzt habe der 22jährige **Peter D.** ein Messer hervorgeholt, das er bei der vorangegangenen Sauftour in einer Pizzeria gestohlen hatte, und den alten Mann erstochen. Gegen einen erging Haftbefehl wegen Mordes, den anderen droht eine Anklage wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung. Gegen sechs von ihnen wurde Haftbefehl erlassen, gegen einen siebten wird noch ermittelt. Mehrere haben bereits ein Geständnis abgelegt. Völlig außer Frage steht für den zuständigen Staatsanwalt **Hans Jochen Büsen,** daß die Tat der Männer einen „nationalsozialistischen Hintergrund" hat. Bei Durchsuchung ihrer Wohnungen seien neben Hakenkreuzfahnen auch Photos gefunden worden, auf denen sie mit „Hitlergruß" posiert hätten. Unter anderem seien sie mit „Heil Hitler"-Rufen durch Velberts Innenstadt gezogen.

Suspendierung aufgehoben

AN 5/95 - Der im Oktober 1994 vorläufig suspendierte Lehrer **Burghard Schmanck** darf wieder am Kamener Gymnasium unterrichten. Der Bundestagskandidat der ***Republikaner (REP)*** bekam von der 2. Disziplinarkammer des Landgerichts Münster seine Unterrichtserlaubnis mit der Begründung zurück, daß das ihm vorgeworfene Verhalten nicht den Tatverdacht eines schweren Dienstvergehens rechtfertige. Über Schmancks Kanditatur und seine Beteiligung an einem Informationsstand der REP, an dem er sich als Lehrer erkennen gab, lägen keine Beschwerden vor.

Anschlag auf Kreissynode

KSA 13.3.95 - In der Nacht zum 11. März 95 verübten Nazis einen Anschlag auf das Mülldorfer Gemeindezentrum der Kreissynode. Die Täter schmierten antisemitische Parolen und Hakenkreuze auf Wände und Fenster, weil der Kirchenkreis den vom Christentum ausgehenden Antisemitismus verurteilte.

Abschiebeprotest

JW 15.3.95 - Aus Protest gegen die Abschiebung von Flüchtlingen haben am 13. März '95 mehrere Gruppen mit gefälschten Schreiben und Plakaten zu einer Ausstellung mit dem Titel „Vogelfrei - über den Umgang mit Flüchtlingen in diesem Land" in das Bonner „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" eingeladen. Das Hamburger „Büro für notwendige Einmischung", das die Aktion organisierte, übergab an die Museumsleitung eine „Installation zur Ausgrenzungspraxis": Original Grundgesetze und Handschellen, Flüchtlingsdokumente und Zeichnungen zum Alltag hinter den Mauern und hinter Gittern der Abschiebehaftanstalten, Knebel und Ampullen, zum Beispiel Haloperidol und Psyquil, wie sie auf den deutschen Flughäfen eingesetzt werden.

Landesparteitag der "Republikaner"

AGR 14.3.95 - Am 4. März '95 fand in Düren der Landesparteitag der ***Republikaner*** statt. Auf der Tagesordnung stand u.a. eine Rede von **Uwe Goller** (Landesvorsitzender NRW), eine Rede von **Rolf Schlierer** (Bundesvorsitzender) und die Wahl der Landesliste NRW zur Landtagswahl. Es wurde erst am Donnerstag bekannt, daß der Parteitag stattfinden sollte. Es blieben also nur zwei Tage, um zu mobilisieren. Trotz der kurzen Zeit fanden sich ca. 100 GegendemonstrantInnen in Düren ein. Es gab Vorkontrollen und die Polizei war mal wieder mit einem martialischen Aufgebot da. Verhindert werden konnte das Treffen nicht, da die Polizei z.T. auch recht brutal gegen die Demonstranten vorging. Festgenommen wurde niemand. Daß sie so wenige waren, lag wohl daran, daß es für viele zu früh war, um 8.00 Uhr in Düren zu sein, und daran, daß die Polizei eine Menge Leute daran hinderte, überhaupt nach Düren hineinzukommen und viele einfach wieder nach Hause schickten.

Gegen Nazi-Zeitungen

AGR - Am 2. März '95 fand in Düren eine Aktion gegen den öffentlichen Verkauf von rechtsextremistischen Zeitschriften statt. Die Polizei löste die nichtangemeldete Kundgebung mit Gewalt auf.

Rheinland-Pfalz

Deckert-Klage

JW 4.3.95 - Die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main besteht weiterhin darauf, den Vorsitzenden der rechtsextremistischen ***NPD***, **Günter Deckert**, wegen Volksverhetzung vor Gericht zu stellen. Nachdem das Amtsgericht Frankfurt Mitte Januar '95die Eröffnung eines Hauptverfahrens abgelehnt hatte, legte die Anklagebehörde gestern eine Begründung für die gerichtliche Zulassung ihrer Anklage vor. Jetzt muß das Landgericht entscheiden.

Sachsen

Angriff auf behinderten Algerier

Taz 7.3.95 - Am 2. März '95 gegen 19.15 Uhr in einer Straßenbahn in Leipzig: Vor stummem Publikum fallen drei angetrunkene Männer mit abgebrochenen Flaschen über zwei Algerier her. „Ausländerschweine" gröhlen sie; an der Haltestelle drücken sie ihre Opfer aus der Bahn heraus. Bevor sie fliehen, rauben die Schläger noch einen Beutel. Die Bahnfahrerin alarmiert die Polizei, zwei Tatverdächtige können bald darauf festgenommen werden. Polizeiangaben zufolge wurde der mutmaßliche Haupttäter, ein 27jähriger aus Westdeutschland, bereits wegen anderer Delikte mit Haftbefehl gesucht. Er wurde verhaftet. Der Haftbefehl gegen den 21jährigen Mittäter aus Leipzig wurde hingegen außer Vollzug gesetzt, wogegen die Staatsanwaltschaft Beschwerde einlegte. Von dem dritten Mann und seiner Begleiterin fehlt jede Spur. Der gehbehinderte Französischlehrer **Massaoud S.** (32) mußte mit einer gebrochenen Hand ins Krankenhaus; auch sein Freund (24) ist verletzt. „Dreißig Leute haben wie beim Fernsehen zugekuckt" berichtet Massaoud, „wenn auch nur einer was gesagt hätte, wäre es nicht soweit gekommen". Ein 72jähriger Mann, der den Angriff als Zeuge beobachtet, entschuldigte sich mit seinem hohen Alter. Er bestätigte die Angaben des Algeriers. Der Oberstaatsanwalt gab zu, daß es in Leipzig jetzt mindestenst zehn solche unprovozierte Überfälle auf Ausländer gegeben hat.

Nazis mißhandelten Aussteiger

JW-Info 13.3.95 - Eine Gruppe Rechtsradikaler hat einen 22jährigen, der sich von ihm trennen wollte, im Landkreis Bautzen brutal mißhandelt und mit dem Tod bedroht. Wie Lothar Hofner vom LKA in Dresden berichtete, schlugen die sechs Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren ihr Opfer am 10. März '95 in Beiersdorf auf offener Straße mit Fäusten und Fußtritten zusammen. Drei junge Männer wurden festgenommen. Gegen zwei weitere und eine junge Frau wird der Vorwurf des Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz geprüft. Unter der Drohung, er werde umgebracht wenn er Anzeige erstatte, drückten die Rechtsradikalen ihrem abtrünnigen Freund eine Schreckschußpistole ins Genick und hielten ihm ein Messer an die Kehle. Zur Bekräftigung der Drohung schossen sie zweimal über seinen Kopf. Der Aussteiger erstattete dennoch Anzeige. Bei den Ermittlungen stießen die Beamten in Cunewalde auf eine für militärische Übungen hergerichtete Scheune und beschlagnahmten in mehreren Wohnungen NS-Propaganda sowie Waffen in größerem Umfang. Die Scheune hatten die Jugendlichen nach LKA-Angaben mit Tarnnetzen ausstaffiert. Die Beamten fanden dort außerdem Funkgeräte und andere militärische Ausrüstungen. Die Mitglieder der Gruppe bekannten sich beim Verhör zur faschistischen Gesinnung.

Razzien gegen Antifa

JW 2.3.95 - In Plauen hat es zusätzlich zu den schon laufenden Ermittlungen und Prozessen gegen AntifaschistInnen am 17., 18. und 23. Februar '95 mitdestens 16 Hausdurchsuchungen bei Antifas sowie im „Selbstverwalteten PROjekt Schuldenberg" gegeben. Vorwand für die Polizeiaktion war die Fahndung nach einem Antifaschisten, der angeblich in der Nacht des 17. Februar an einer Auseinandersetzung mit Faschisten beteiligt gewesen sein soll. In den folgenden Tagen kam es zu zahlreichen Vernehmungen. Teilweise wurden Personen, die als Zeugen befragt werden sollten, erst in Handschellen abgeführt, um dann später auf der Wache zu erfahren, daß sie als Beschuldigte verhört werden sollten. Eltern wurden von ihren minderjährigen Sprößlingen ferngehalten. Das „PROjekt Schuldenberg" erklärte dazu: „Mit den verstärkten Repressionen sollen ohne Zweifel antifaschistische Gruppen, Projekte und Einzelpersonen weiter eingeschüchtert, andere, noch nicht aktive Menschen, abgeschreckt werden."

Nazidemo in Hoyerswerda

JW 20.2.95 - Etwa 80 Rechtsextremisten aus Hoyerswerda, Senftenberg, Spremberg und Zittau waren am 18. Februar '95 in Hoyerswerda angereist, um an einer nicht genehmigten Demonstration teilzunehmen. 37 Beteiligte wurden wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz vorläufig festgenommen, einige trugen Messer bei sich, teilte die Polizei mit. Das Landratsamt Hoyerswerda hatte eine Demonstration zum zweiten Jahrestag der Selbsttötung des ortsansässigen Skinheads **Peter Alicke** untersagt. Trotz des Demonstrationsverbotes hatten sich die Rechtsextremisten in Hoyerswerda-Neustadt getroffen und waren zum Waldfriedhof Kühnicht gezogen, auf dem Alicke begraben liegt. Alicke war 1993 unter dem Verdacht festgenommen worden, den Tod eines jungen Mannes mitverschuldet zu haben. Eine Gruppe Rechtsradikaler hatte damals einen Kleintransporter vor einem Jugendclub umgeworfen, der auf den Musiker **Mike Zerna** fiel. Der junge Mann war an den Folgen der Verletzung gestorben. Alicke hatte sich nach seiner Festnahme in der U-Haft erhängt.

Nazi-Treffen in Schenkenberg

LVZ 20.2.95 - Etwa 150 Mitglieder der verbotenen ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)*** haben sich am 16. bzw. 17.3. in Schenkenberg getroffen. Sie waren mit Bussen angereist und hatten am Ende der Veranstaltung die Gaststätte in Marschformation verlassen. Die zuständige Dezernentin des Landratsamtes erklärte, die „geschlossene Veranstaltung" sei ohne Zwischenfälle verlaufen.

Staatsanwalt schnüffelt im Ehebett

JW 1.3.95 - Deutsch-türkische Eheschließungen werde die Staatsanwaltschaft in Dresden künftig unter die Lupe nehmen. Diese Maßnahme, um angebliche Scheinehen binationaler Paare aufzudecken, hatte der Dresdener Oberstaatsanwalt **Helmut Renz** zugegeben. Derzeit seien im Bezirk des Amtsgerichts acht Verfahren anhängig, gegen etwa zwölf binationale Ehepaare werde ermittelt. Hintergrund für diese Aktion sind drei Verfahren, die in Dresden mit dem Erlaß von jeweils mehrmonatigen Haftstrafen - zum Teil auf Bewährung - endeten. Das Gericht war in jedem der Prozesse zu dem Ergebnis gekommen, daß die Eheleute „nie zusammengelebt" hätten und die Ehen nur geschlossen worden seien, um den nichtdeutschen Partner vor einer möglichen Abschiebung zu schützen. Liege der Verdacht auf eine „Scheinehe" vor, seien die Justizbehörden verpflichtet zu ermitteln, da die Straftatbestände „Verstoß gegen das Ausländergesetz und „Mittelbare Falschbeurkundung" sogenannte Offizialdelikte seien, erklärte Renz. Welche Kriterien bei den Behörden einen solchen „Verdacht" wecken und wie die Ermittlungen geführt werden, darüber schwieg sich der Oberstaatsanwalt aus. AnwältInnen und MitarbeiterInnen von Flüchtlingsorganisationen sind der Ansicht, daß derartige strafrechtliche Maßnahmen ausschließlich dazu dienen, binationale Ehen zu kriminalisieren. Mit fragwürdigen Mitteln würden Ängste geweckt, um die PartnerInnen von einer Heirat abzuhalten. Außerdem lasse das Gesetz Paaren, bei denen eine Partner oder eine Partnerin aus einem Nicht-EU-Staat komme, überhaupt nicht die Wahl, sich für eine Lebensgemeinschaft ohne Trauschein zu entscheiden, da ein dauerndes Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik nicht gesichert sei.

Junge Union will „Niederschlesien"

NE 3/95 - In der ***Jungen Union (JU)***, Jugendorganisation der ***CDU***, ist ein handfester Namensstreit entbrannt. Während vor allem „westlich" orientierte JU'ler den Namensbestandteil „Niederschlesien" gerne streichen würden, wollen sogenannte „bekennende Sachsen" für den bisherigen Doppelnamen auf die Barrikaden gehen. Verständnis für die „Niederschlesier" signalisierte bereits der Landesinnenminister **Eggert**: Schließlich sei es in 40 Jahren DDR verboten gewesen, „sich zur landsmannschaftlichen Herkunft zu bekennen". Weniger locker sieht der

Görlitzer Abgeordnete **Volker Bandmann** den angestrebten Namens-Verzicht: „Wer den Menschen wieder wie in alten DDR-Zeiten verbieten will, sich zu ihrer landsmannschaftlichen Zugehörigkeit zu bekennen, reißt alte Wunden auf".

Verfassungsschutz über REP's

JW 4.3.95 - Die **Republikaner (REP)** stehen in Sachsen ab sofort unter Beobachtung des Verfassungsschutzes (VS). Innenminister **Heinz Eggert** ***(CDU)*** erklärte, Programm und Veröffentlichungen, Worte und Taten ihre Funktionäre und Anhänger enthielten zahlreiche „tatsächliche Anhaltspunkte", die die Einschätzung der REP als rechtsextremistisch und verfassungsfeindlich rechtfertigen.

Sachsen-Anhalt

Neues Urteil im Elbterassen-Prozeß

JW 28.2.95 - Im Revisionsverfahren des Elbterassenprozesses wurde das ursprüngliche Urteil wegen versuchten Todschlags aufgehoben. 1992 war der 24jährige **Frank F.** aus Wolfsburg zu sechs Jahren Haft verurteilt worden (siehe auch WGA #4). Obwohl Zeugen aussagten, daß der Angeklagte während des Überfalls auf die Magdeburger Elbterassen gezielt auf den Kopf des Opfers eingeschlagen hatte, sah die Staatsanwaltschaft den Tatbestand des Totschlags nicht erfüllt und blieb zwei Jahre unter dem ursprünglichen Urteil, da der Angeklagte in der Haft an einem Anti-Aggressionstraining teilgenommen hat und sich heute von der Gewalt distanziere. Außerdem habe sich seine Gesinnung gewandelt.

Angriffe mit Kettensäge

ND 27.2.95 - In der Nacht zum 26. Februar ´95 haben Jugendliche die Eingangstür und das Fenster eines Jugendklubs in Benzingerode bei Wernigerode mit einer Motorkettensäge zerstört. Die fünf Angreifer wurden nur vorübergehend festgenommen. Bereits einen Tag zuvor hatte eine Gruppe von ca. 40 rechtsgerichteten Jugendlichen ebenfalls mit einer Kettensäge sowie Baseballschlägern in Schackensleben bei Magdeburg einen Discobesucher bedroht.

Himmelfahrtstag-Urteil rechtskräftig

ND 1.3.94 - Die Revision des Gerichtsurteils gegen drei Hauptangeklagte wegen der ausländerfeindlichen Ausschreitungen am Himmelfahrtstag in Magdeburg wurde vom Bundesgerichtshof zurückgewiesen. Die Angeklagten waren vom Magdeburger Landgericht zu Haftstrafen zwischen zwei und dreieinhalb Jahren ohne Bewährung verurteilt worden.

Jugendstrafen im Thale-Prozeß

BeZe 21.3.95 - In Halberstadt sind wegen eines Überfalls auf Vietnamesen in einem Asylbewerberheim fünf 18- bis 20jährige zu Jugendstrafen auf Bewährung verurteilt worden. Gegen einen 18jährigen Haupttäter verhängte das Gericht eine Bewährungsstrafe von zwei Jahren, da es als erwiesen angesehen wurde, daß er damals eine Vietnamesin versucht hatte zu vergewaltigen.

Schleswig-Holstein

Geständnisse im Synagogen-Prozeß widerrufen

Taz, BeZe 2.3.95 - Im Prozeß um den Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge haben Die Angeklagten **Stephan Westphal** (25) und **Nico Trapiel** (20) überraschend ihre geständnisse widerrufen. Erstmals nahmen sie auch die Beschuldigungen gegen den Mitangeklagten **Dirk Brusberg** (22) zurück. Der vierte Angeklagte, **Boris Holland-Moritz** (20), blieb bei seiner bisherigen Aussage, daß er und die anderen drei in der Nacht zum 25. März '94 an dem Anschlag beteiligt waren. Motive für die ersten Aussagen seien die Verhandlungsmethoden der Polizei gewesen und bei Westphal der Rat seines Anwalts.

Thüringen

Neonazi muß Strafe zahlen

ND 15.3.95 - Wegen Beleidigung aus dem Gefängnis heraus muß der Thüringer Neonazi **Thomas Dienel** eine Geldstrafe von 750 Mark zahlen. Das Landgericht Erfurt verurteilte den 33jährigen, da er einen Bewährungshelfer als „Ferkel", „Werkzeug der Antideutschen" und „Handlanger einer Ausnahmegerichtsbarkeit" bezeichnet hatte.

International

Belgien

Christophersen und Zündel

JW 21.2.95 - Der ehemalige SS-Mann im Vernichtungslager Ausschwitz, **Thies Christophersen**, hat sich nun angeblich (endlich) endgültig in den Ruhestand verabschiedet. Die braune „Karriere" des heute 85jährigen begann schon als Mitglied in der ***Hitler-Jugend (HJ)***. Mit seiner 1973 verfaßten Broschüre ***Die Auschwitz-Lüge*** wurde er international bekannt. Er war auch Herausgeber der antisemitischen Hetzzeitschrift die ***Bauernschaft***, für die er auch weiterhin schreiben will. Die Bauernschaft wird nun von dem in Toronto (Canada) lebende Revisionisten **Ernst Zündel** herausgegeben. Mit dem Wechsel des Herausgebers wechselte auch der Ort der Drukkerei. Die Nazi-Zeitung wird seit Ende des letzten Jahres im belgischen Antwerpen hergestellt. Der dortige Drucker, **Siegfried Maria Theodor Corneel Verbeke**, war Aktivist der verbotenen terroristischen Naziguppe ***Vlaams Militante Orde (VMO)***. Verbeke ist ebenfalls Verfechter der Auschwitz-Lüge.

Frankreich

Mord an Jugendlichen

JW 24.2.95 - In der Nacht zu Mittwoch, den 22. Februar ´95 wurde in Savine der 17jährige **Ibrahim Ali** von Anhängern der rechtsextremen ***Front National (FN)*** erschossen. An diesem Abend verließ Ibrahim das Kulturzentrum Mirabeau - ein Treffpunkt für Jugendliche aus dem Norden Marseilles - und war mit Freunden auf dem Nachhauseweg. Sie liefen durch die Straßen um den letzten Bus zu erwischen, als sie an drei Männer kamen, die Plakate der FN klebten. Slogan der Plakate: „Mit Le Pen drei Millionen Immigranten zurück nach Hause." **Jean-Marie Le Pen** ist Vorsitzender der FN. Ohne Vorwarnung fielen plötzlich Schüsse. Ibrahim wurde von hinten erschossen, er lief noch einige Schritte und starb. Die tötlichen Schüsse soll ein 63jähriger FN-Aktivist abgegeben haben. Nach Angaben der Jugendlichen wurde aus einem in der Nähe warteten Wagen heraus ohne Vorwarnung geschossen. Kein Streit, kein Gespräch, keine Auseinanderset-

zung. Die FN dreht den Spieß sofort nach der Tat jedoch völlig um. Einer der Plakatierer sei angegriffen worden, die anderen seinen ihm zu Hilfe geeilt. **Bruno Mégret**, Europaabgeordnete der FN, behauptete: *„Sie fühlten sich bedroht und haben in die Richtung auf ihre Angreifer gezielt, aber in die Luft." „Wären sie nicht bewaffnet gewesen, wäre einer von ihnen umgekommen."* Noch am nächsten Morgen (Donnerstag) hatten FN'ler behauptet, daß in diesem Viertel gar keine Plakatierer unterwegs waren und daß Bewaffnung bei diesen Klebeaktionen für Le Pen nicht üblich sei. Am Donnerstag wurden spontan Aktionen gestartet um auf den offentsichtlichen Mord aufmerksam zu machen. Am 24.2. (Freitag) wurde von Tausenden dem von den Komoren stammenden Jugendlichen, die letzte Ehre erwiesen. Am Samstag fand in Marseille eine Demonstration mit 20.000 Menschen statt. Unter ihnen **Henri Emmanuelli** Chef der ***Sozialistischen Partei***. Der Europaabgeordnete der ***Kommunistischen Partei (KP)***, **Francis Wurtz**, erklärte, man müßte zeigen, daß es noch ein Frankreich der Toleranz gäbe. Die Gruppe ***SOS Rassismus*** und die ***Bewegung gegen den Rassismus und für Freundschaft der Völker (MRAP)*** wollen bei dem Prozeß gegen den FN-Mörder als Nebenkläger auftreten.

Parteikongreß

NE 3/95 - Einen Parteikongreß der rechtsextremen ***Front National (FN)*** richtete der Europaabgeordnete **Bruno Mégret** im Januar '95 in Tours aus. Unter reger Beteiligung von FN-Prominenz bezog Parteichef **Jean-Marie Le Pen** Stellung zu zentralen politischen Fragen und empfahl sich als Präsidentschaftskanidat. Zeitgleich wurde eine neue täglich erscheinene FN-Zeitung gestartet, Name der Zeitung: ***Le Français***.

Italien

Anschläge + Übergriffe

Welt 16.3.95 - In Pisa wurden bei einem Bombenanschlag zwei aus Skopje (Makedonien) stammende Kinder schwer verletzt. Auf einer belebten Einfahrtsstraße zu Pisa wurde zwei Kindern ein Paket mit einer Barbiepuppe zugeworfen. Eine Bombe, die in der Puppe versteckt war, explodierte als die Kinder die Packung aufrissen. Ein 3jähriger Junge verlor sein linkes Auge und erlitt Kopfverletzungen, seiner 13jährige Schwester wurden drei Finger der linken Hand und der rechte Unterarm abgerissen; sie liegt jetzt auf der Intersivstation und ringt um ihr Leben. „Ein Wunder, daß die Kinder überhaupt den Anschlag überlebt haben", so der behandelnde Arzt Professor Paolo Pastacaldi. Der zuständige Staatsanwalt Nicola Pisano sagte nüchtern: „Es handelt sich um einen klaren Mordanschlag, man wollte die Kinder töten." Noch am gleichen Nachmittag versammelten sich spontan Studenten, Bürger, der Bischof und der Bürgermeister von Pisa und demonstrierten durch die Innenstadt um den Opfern ihre Solidarität zu zeigen. Es ist erst einen Monat her, daß in der Stadt bei einem ähnlichen Anschlag einem 5jährigen Jungen ein präpariertes Märchenbuch zugeworfen wurde. In dem Buch war ebenfalls eine Bombe versteckt, die den Jungen zum Glück nur leicht verletzte. Der Täter dieses Anschlags, ein 20jähriger Italiener, wurde gefaßt, verurteilt und sitzt nun im Gefängnis. Seit diesem Urteil erhielten die Behörden einen anonymen Brief mit Drohungen gegen diejenigen die sich auf die Seite der „Zigeuner" stellen würden. Der Brief wurde von einer ***Fratellanza bianca (Weiße Brüderlichkeit)*** unterzeichnet. Pisa ist jedoch nicht der einzige Ort an dem Nicht-Italiener angegriffen werden. Erst kürzlich wurde zwischen Caserta und Neapel eine Barackensiedlung mit 2.000 afrikanischen Menschen über Nacht in Brand gesteckt. In Rom wurde eine von Polen bewohntes Haus angezündet. Täglich kommt es in Italien zu fremdenfeindlichen Anmachen Überfällen und Angriffen. Ob auf der Straße, in Behörden oder auf Ämtern, in öffentlichen Verkehrsmitteln. Siehe auch WGA #4.

Demos gegen Rassismus

JW 27.2.95, Tsp 6.3.95 - An zwei Demonstrationen in Rom nahmen nach Angaben von Gewerkschaften 15 000 und mehrere 10 000 Menschen, größtenteils aus Nicht-EU-Staaten, teil. Die ersten Demo hatte einen Angriff am 22. Februar ´95 zum Anlaß. An diesem Tag wurde eine schwangere Somalierin von vier Jugendlichen in Ostia überfallen. Die Polizei nahm zu dieser Tat drei Jugendliche im Alter zwischen 16 und 17 Jahren fest, die die Tat bereits gestanden hätten. Die zweite Demonstration fand am Wochende 1./2. März ´95 u.a. mit dem Slogan „Wir wollen eine Welt aller Hautfarben" statt. Die Demo richtete sich gegen ausländerfeindliche Übergriffe und Benachteiligung in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft. Es wurde kommunales Wahlrecht für Ausländer gefordert, die mindestens fünf Jahre in Italien leben.

Niederlande

Rechtsruck bei Provinzwahlen

JW, SZ, FR 10.3.95 - Bei den Provinzwahlen am Mittwoch, 8. März ´95, die als Barometer für die sozialliberale Regierungskoalition gelten, ging die rechtsliberale ***Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD)*** als Sieger hervor. Abgestimmt wurde über die Provinzparlamente, die wiederum über die Zusammensetzung der ersten Kammer des Parlaments in Den Haag entscheiden. In dieser Kammer ist die VVD mit 27,2 % stärkste Kraft, gefolgt von der sozialdemokratischen ***Partei der Arbeit (PvdA)*** von Ministerpräsident **Wim Kok** mit 17,1 % und den linksliberalen ***Demokraten (D66)*** mit 9,2 %. Die weiteren Oppositionsparteien, unter anderem die ***Grünen***, konnten ebenfalls wie die VDD Gewinne verbuchen. Der Vorsitzende der VDD ist der 61jährige Wirtschaftsmanager **Frits Bolkestein**. Bolkestein ging Mitte der 70er Jahre in die Politik um gegen die *„Meinungsdiktatur der Linken"* zu brechen. Selbst die Gegner Bolkesteins müssen zugeben, daß er jetzt der Meinungsführer des Landes ist. Er tritt für *„unangenehme Maßnahmen"* gegen Asylsuchende ein, will die Entwicklungshilfe drastisch kürzen und bei der EU in Brüssel die „eigenen Interessen" stärker vertreten. Das Massenblatt De Telegraaf berichtet täglich über neue „Fremdlinge", gleichzeitig steigt die Zahl der Überfälle und Angiffe gegen AusländerInnen und Flüchtlinge an. Die protestantische Zeitung Trouw berichtete: „Bisher hielten sich Links und Rechts in den Niederlande ungefähr die Waage, mit leichtem Übergewicht für Rechts. Nun sieht es danach aus, daß Bolkestein dieses Gleichgewicht gründlich zerstört hat."

Skins und Antifas festgenommen

ND 27.2.95 - Am Samstag, den 25. Februar '95, kündigte die faschistische Partei ***CP'86*** eine Demonstration in Rotterdam an. Diese wurde jedoch verboten. Daraufhin kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Rechtsradikalen und linken GegendemonstrantInnen. Es wurden 16 Neonazis, darunter 10 Deutsche und über 150 Antifas festgenommen.

Österreich

Belohnung und Bombenattrappen

BeZe 15.2., SZ 8.3.95 - Von drei auf zehn Millionen Schilling (rund 1,5 Millionen Mark) hat das österreichische Innenministerium die Belohnung zur Ergreifung der Neonazis erhöht, die Anfang Januar vier Roma töteten und einen Kroaten

schwer verletzten. Durch speziell gebastelte Rohrbomben wurden damals in Oberwart und in Stinatz die Anschläge verübt, genauere Infos in unserer Ausgabe #4 und im Antifa Infoblatt #29. Am 14. Febuar ´95 wurden in Salzburg zehn Bombenattrappen gefunden, die den vorigen Rohrbomben täuschend ähnlich sahen. Die österreichische Polizei nahm am gleichen Tag vier Rechtsextreme fest, die die Mahnwache in Oberwart gestört haben.

Neonazis festgenommen

SZ 10.3.95 - In der Nähe von Wien sind drei mutmaßliche österreichische Neonazis festgnommen worden. Die Polizei teilte am 9. März '95 mit, daß die Wohnungen der drei Jugendlichen im Alter zwischen 17 und 18 Jahren durchsucht wurden. Bei diesen Hausdurchsuchungen wurde NS-Propagandamaterial sowie Waffen sichergestellt.

RUSSLAND

Nazis in Rußland

SZ 17.3.95 - Rußland im März 1995. In der Umgebug des Roten Platzes in Moskau stehen täglich junge Männer und verkaufen Wörterbücher, Stadtpläne und Postkarten. Doch ganz offen liegen zwischen diesen Sachen Hefte mit nationalsozialistischen Titeln wie ***Katechismus der Juden in der UdSSR***, ***Der deutsche Nationalsozialismus***, Hitlers Buch ***Mein Kampf*** oder Kassetten mit Marschmusik der Waffen-SS. Einige Meter weiter strecken Rentner den Passanten nazistische Hetzzeitschriften entgegen, so zum Beispiel ***Molnija (Blitz)***, oder ***Russkij Westnik (Der russische Bote)***. Während Polizisten seelenruhig daherschlendern sieht man Hakenreuze nicht nur auf den Heften, nein, man kann sie auch als Ansstecknadeln kaufen. In Rußland gibt es keine Gesetze, die verbieten, NS-Propaganda zu besitzen oder zu verkaufen. Für Aufregung sorgte deshalb auch die Verhaftung von **Alexj Wedjenkins**, Mitglied der Neonazi-Organisation ***Russisch Nationale Einheit (RNE)***, Ende Februar. Grund: Er hatte in dem vom russischen Fernsehen ausgestrahlten Film ***Faschismus in Rußland*** demokratischen Abgeordneten gedroht, sie zu erschießen, falls die RNE an die Macht käme. Der Vorwurf gegen Wedjenkins lautet „schüren ethnischer Konflikte", es wird jedoch gemunkelt, daß er aufgrund fehlender Gesetze und Tatenlosigkeit der Strafverfolger in Kürze wieder freigelassen wird. Ob Zufall oder nicht: Am Tag der Verhaftung wurde von Präsident Jelzin angekündigt, er wolle einen Erlaß über den „Kampf gegen den Faschismus" unterschreiben. **Jewgenij Proschetschkin**, Vorsitzender des 1989 gegründeten ***Moskauer Antifaschistischen Zentrums (MAZ)***, brachte bereits im vorigen Jahr einen Gesetzesentwurf über das Verbot von faschistischen und extremischtischen Gruppen in Rußland vor. Ohne Erfolg. Die Antifas haben jetzt einen neuen Gesetzesentwurf vorbereitet, darin steht unter anderem, daß alle Förderungen von faschstischen Symbolen und öffentliche Aufrufe zur Errichtung einer Diktatur verboten werden sollen. Troz alledem gibt es in Rußland derzeit etwa 100 Organisationen und Vereine mit faschistischen und nationalistischen Inhalten. Die meisten sind ganz legal registriert, obwohl sie in ihren Statuen oft gegen die Verfassung verstoßen. Zur RNE sagte Proschetkin zum Beispiel: *„Der Ehrenkodex der RNE droht jedoch Mitgliedern, die austreten wollen, mit dem Tod".* Von rechtsextremen Organisationen werden in Rußland im Moment etwa 150 Hetzblätter herrausgebracht. Die Moskauer Abteilung der Menschenrechtorganisation „Union of Council" schätzt, daß ungefähr 25 % der Bevölkerung extrem nationalistische Anschauungen vertreten. Tendenz steigend. Nach **Eduard Limonow**, Vorsitzenden der ***National-Bolschewistischen Partei***, gibt es in Rußland gar keine Faschisten. Er ist Unterstützter des brutalen, mörderischen Kriegs in Tschetschenien und propagiert die Losung: „Nach Grosny kommt Tallin", Estlands Hauptstadt.

RUMÄNIEN

Rechte auf Erfolgskurs

NE 3/95 - Die Rechte in Rumänien hat bei den jüngsten Koalitionsverhandlungen einen taktischen Wahlerforg erreichen können. Die Vier-Parteien-Koalition hat beschlossen, künftig auch die rechtsgerichtete ***Partei der Naionalen Einheit Rumäniens (PUNR)*** und die noch weiter rechts stehende ***Großrumänische Partei*** offiziell in die Koalition aufzunehmen. Währenddessen tritt seit einigen Wochen eine weitere rechte Gruppe, die ***Vulturul Brancovenesc (VB)***, negativ in Erscheinung. Die nach einem sog. Freiheitshelden aus dem 18. Jahrhundert benannte Gruppe wurde im November ´94 gegründet und soll eine Nachfolgeorganisation der ***Legion des Erzengels Michael*** sein. VB versteht sich zudem als Dachorganisation veschiedener rechten Gruppen, die derzeit regen Zulauf haben soll. Kopf der VB ist der 24jährige **Radu-Mihai Chesaru**. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung (SZ) sagt er unter anderem: „Die Rumänen dürfen sich weder vom Osten noch vom Westen kolonisieren lassen. Ich war in Amerika und habe die dortige Gesellschaft gesehen. Sie wird von Juden und Freimaurern beherrscht.

TSCHECHIEN

Mehr Rassismus

JW 15.2.95 - Die Zahl von rassistisch motivierten Übergriffen hat 1994 zugenommen. Nach Angaben der tschechischen Generalstaatsanwältin **Bohumira Kopecna** waren es bereits bis Juli ´94 über 90 solcher Straftaten. Im gesamten Jahr ´93 waren es „nur" 55 Delikte. Kopecna sagte weiter, daß sich vor allem Jugendliche an den Angriffen gegen Menschen mit anderer Hautfarbe oder Herkunft beteiligt hätten.

Entschädigung für NS-Opfer?

SZ, Welt 16.2.95 - Deutschland wird möglicherweise symbolisch finanzielle Entschädigung für die tschechischen Opfer des NS-Regimes leisten. Dies berichtete die tschechische Tageszeitung Rudé Právo. Bonn könnte somit von der bisherigen Haltung abrücken, eine Entschädigung würde „nicht ohne Gegenseitigkeit" gewährt. Die tschechischen NS-Opfer sind so ziemlich die letzten, denen eine Geste dieser Art aus Deutschland vorenthalten wird.

TÜRKEI

Menschenrechtsverletzungen

JW 27.2., FAZ 7.3.95 - Türkische Menschenrechtsorganisatonen haben am Samstag, den 25. Februar ´95 die türkische Regierung aufgefordert, energischer die Serie von mysteriösen Mordanschlägen aufzuklären. Der Menschenrechtsverein ***(IHD)***, die Menschenrechtsstiftung ***(TIHV)*** und der Verein der zeitgemäßen Juristen ***(CHD)*** berichten, daß sich die Zahl unaufgeklärter politischer Morde auf fast 2000 Fälle beläuft. Fast 80 % der Opfer sind Kurden. Ebenfalls am 25.2. wurde der Regierung empfohlen, den Ausnahmezustand in zehn von vor allem von Kurden bewohnten Provinzen im weitere vier Monate zu verlängern. Unterdessen will die Deutsche Regierung u.a. mit der Türkei ein Rüstungsgeschäft über insgesamt einer Milliarde DM abzuschließen.

UKRAINE

Hetze gegen Juden

Spiegel 11/95 - Gegen die jüdische Minderheit in der Ukraine kommt es in letzter Zeit immer häufiger zu Übergriffen. Erst Ende Februar wurde in Odessa eine Gedenkstätte für 25.000 deportierte Juden mit Farbe beschmiert. Davor wurde an einer Grabstelle für 20.000 ermordete Juden ein Obelisk (Gedenkstein) umgestoßen. Als Täter kommen für die jüdische Gemeinde chauvinistische Gruppen, mit Kontakten nach Rußland, in Frage. Die Gemeinde wirft den Sicherheitskräften vollständige Untätigkeit gegenüber den Neonazis vor. In Odessa treffen sich wöchtlich Anhänger des Hitler-Verehrers **Alexander Barkaschow**. Die ***Barkaschowsky***, wie sie sich nennen, fordern unter anderem eine Südukraine ohne Juden.

Achtung: Die angegebenen Preise sind die reinen Verkaufspreise. Dazu bitte immer noch 2 DM für Versandkosten mitschicken!

ANNA - Antifaschistische Nachrichten Saar
c/o Alte Feuerwache, Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken
#22, 3 DM
Wie so oft wird auch in dieser Zeitung der Versuch gemacht, das Thema „Antifa" nicht nur auf „Gegen Nazis" zu beschränken, sondern den Horizont etwas breiter zu fassen. So ist das Schwerpunktthema dieser Ausgabe auch „Repression und Widerstand", was sich in einem Interview mit einer autonomen Gruppe und Gedanken zu linken Perspektiven im Kampf gegen staatliche Unterdrückung festmacht. Das führt weiter zu Praktiken des Verfassungsschutzes und einer geschichtlichen Betrachtung der Verfolgung linker Opposition in Deutschland. Neben dem Antifa-Teil gibt es mehrere Seiten zu politischen Gefangenen in den USA, Uruguay und der BRD. Unter dem Stichwort Internationalismus werden berichte über Tschetschenien, USA und Kuba, sowie Mexiko abgedruckt. Für die 3 DM bekommt man ein informatives Blatt mit knapp 50 Seiten zugeschickt.

antifa
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
3/95, 3,80 DM
Die „antifa" wird herausgegeben von Menschen, die während der Nazizeit im Widerstand waren und/oder verfolgt wurden. Allein dies macht sie auf bestimmte Art interessant, da die „üblichen" Antifazeitungen ja eher von der jungen Generation gemacht werden. So sind auch die Themen nicht unbedingt nur an aktuellen Ereignissen angelehnt. Ein Auszug: Mauthausen - Anfang und Ende; Über die Verfolgung von Sintin und Roma - gestern und heute; viel Geschichtliches wie zum „Nerobefehl" Adolf Hitlers, Erinnerungen an Sachsenhausen und Neuengamme und an Buchenwald. Trotzdem versuchen die HerausgeberInnen auf mehreren Seiten auch zu vermitteln, was in in der heutigen NS-Szene tut.

Antifa-NRW-Zeitung
c/o Infoladen, Brunnenstr. 41, 42105 Wuppertal
#7, 3 DM
Anders als bei anderen Regional-Antifablättern wird hier tatsächlich der Schwerpunkt auf das Bundesland gelegt, wodurch mal einen ganz guten Einblick erhält. In dieser Ausgabe wird als Titelstory über eine militaristische Veranstaltung Ende letzten Jahres in Siegburg berichtet, an der von Bundeswehr bis Rechtsextremisten ein beites Feld von Militarister teilgenommen hatte. Auch die „Geschichte" des rechtsradikalen Erhard Hartung, Vertaruter von Helmut Kohl und Dozent an der Düsseldorfer Uni, ist nachzulesen. Daß bei den Morden von Solingenn ein V-Mann des Verfassungsschutzes im Hintergrund agierte, wird ebenso behandelt wie eine Auswertung des VS-Berichts von NRW. Schließlich gibt es noch zwei Hintergrundberichte über die „Wiking-Jugend" und die „Junge Freiheit" sowie kurze Bericht aus NRW-Städten.

Das Skandal-Urteil
c/o Pumuckl, L14, 6, 68141 Mannheim
3 DM
Die Urteilsbegründung des Mannheimer Landgerichts hat weltweit für Empörung gesorgt. Ein Ausrutscher war sie nicht: Die Geschichte dieses Prozesses um eine revisionistishe Veranstaltung mit Fred Leuchter ist eine Geschichte von Skandalen: Angefangen von der widerrechtlichen Zulassung der Veranstaltung, über die beiden Landgerichts-Prozesse, bis hgin zum BGH-Urteil und dem verhinderten Leuchter-Prozeß. Das „Antifaschisticshe Aktionsbündnis Weinheim" hat diese Geschichte dokumentiert: Die Broschüre enthält Auszüge aus Anklageschriften, Urteile und Begründungen, Presseberichte und Kommentare, Stellungnahmen und Protestaktionen sowie eine Chronologie der Ereignisse. Sie zeigt, wie normal und folgerichtig dieses Urteil in unserer Rechtsgeschichte ist.

SEARCHLIGHT SPECIAL

Die renomierte britische Antifa-Zeitung ***Searchlight*** hat eine Sondernummer herausgebracht. Die in englischer Sprache erschienene Ausgabe mit dem Titel „Reunited Germany - The New Danger" (Wiedervereinigtes Deutschland - die neue Gefahr) richtet sich auch nicht vorrangig an LeserInnen aus Deutschland, sondern soll die sogenannte kritische Weltöffentlichkeit ansprechen. In Zusammenarbeit mit dem ***Antifa Infoblatt*** berichtet die Zeitung über deutsches Großmachts- und Expansionsgelüste Richtung Osteuropa, Militarisierung, Rassismus und Neofaschismus in diesem unserem Lande. Es ist eine professionelle Zeitung über Deutschland. Sie verdeutlicht auch wie die linke Öffentlichkeit in nichtdeutschen Länder auf die Entwicklung hier bei uns blickt. Zu bestellen ist diese Broschüre eintweder für 5 Pfund bei Searchlight direkt in London (37B New Cavendish Street, London WIM 8JR) oder (solange der Vorrat reicht) beim ***Antifa-Versand, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin*** für 10 DM.

Die Rote Hilfe
Postfach 6444, 24125 Kiel
1/95, 2,50 DM
Dies ist die Zeitung des Bundesvorstands der Roten Hilfe und behandelt in erster Linie Tehemen zur Repression in der BRD. Darunter natürlich auch Verfolgung von Antifas (diesmal Plauen, Göttingen, Berlin). Den politischen Gefangenen wird wieder ein großer Teil des Heftes eingeräumt, und aktuell natürlich der Verfolgung von KurdInnen in der Türkei und der Bundesrepublik. Das „Internationale" behandelt Österreichs Aufrüstung, spanischen Staatsterrorismus, politische Gafangene in Palästina und den USA.

EinSatz
c/o Buchladen, Rote Str. 10, 37073 Göttingen
#0
Als monatliches Blatt soll diese neue Zeitung aus dem Göttinger Antifasumpf erscheinen, das sich, äußerlich gut aufgemacht, natürlich erstmal mit der Repression gegen sich selbst beschäftigt: Immerhin führt die Justiz derzeit ein §129a-Verfahren gegen die Antifa M. Auf über drei der insgesamt acht Seiten ist also Repression das Thema. Neben einem Interview mit einem Militanten aus Peru runden mehrere Kleinartikel das Bild ab.

Fight back / Skunk
c/o AJF, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
#13, 50 Pf
Diese Schülerzeitung der Berliner AJF und Spuk behandelt diesmal das Thema Italien als Schwerpunkt. Dazu einiges zur Jungen Union in Berlin und Überlegungen zur Extremismus-Vorwurf. Schließlich noch etwas zum Tiermord und Pelzetragen (kommt ja in unseren Reihen nicht so oft vor).

Frente
c/o Infobüro, Petersteinweg 13, 04107 Leipzig
#3, 80 Pf.
Das „AJI Leipizg", das mittlerweile als „Frente" erscheint und von der AJF herausgegeben wird, hat diesmal das Leitthema „Keine Denkmäler für Nationalisten - nirgendwo". Der Grund dafür ist die geplante Heldengedenkfeier. Es werden Parallelel zur Nazizeit gezogen und es gibt ein Interview mit einem Historiker zum Thema. Bei den „News von Rechts" steht einiges über die örtliche Naziszene, WJ u.a.. Dann noch ganz interessant: Ein Artikel zur Auseinandersetzung zum Thema politische Gefangene, wobei allein die Dokumentation von Hogefelds Prozeßerklärung acht Seiten einnimmt. Weitere Themen: Burschenschaften, gefangene Nazis, Kaindl-Prozeß.

Gegenwind
Postfach 100 509, 69445 Weinheim
#2/95, 1,50 DM
Das neue Blatt aus Weinheim widmet sich in seiner zweiten Ausgabe einem breiteren Spektrum von Themen. So ist auch die Tagung der „Gewerkschaft Leder" mit einer der acht Seiten bedacht. Ansonsten die „unendliche Geschichte": Prozesse gegen Günter Deckert, Erweiterung des Kriegerdenkmals, Tschetschenien und Flüchtlinge in Deutschland.

Günter Deckert - Biedermann und geistiger Brandstifter
c/o Pumuckl, L14, 6, 68141 Mannheim
3 DM
Das „Antifaschistische Aktionsbündnis Weinheim" hat diese Dokumentation hergestellt, die eine Menge Material über die Taten und Ziele des Neonazis Deckert enthält. Die einzelnen Abschnitte werden jeweils durch kurze, kritische Kommentare eingeleitet und enthalten eine Vielzahl von Zitaten, Dokumenten und Kommentaren von und über Deckert. Folgende Themen werden behandelt: Revisionismus, Rassismus, Deckerts Verbindungen zu Gewalttaten, „NPD - ein Auslaufmodell?", Wahlergebnisse der Nazis, faschistische Kommunalpolitik, Prozeßgeschichte Deckerts, die Geschichte des Protestes gegen Deckert und Möglichkeiten, sich gegen Nazis zu wehren und dabei auf rechtliche Bestimmungen zu stützen. Die Materialsammlung auf 60 Seiten ist für allem für Leute nützlich, die Belege für die Argumentation gegen die Hetze von Deckert, NPD und verwandter Organisationen suchen.

inisiyatif
c/o ADA-Gelçlik, Reichenberger Str. 63a, 10999 Berlin
#7, 2 DM
Auf deutsch und türkisch wird diese Zeitunf vor allem von ImmigrantInnen-Jugendlichen herausgegeben. Klar, daß sich auch die thematische Auswahl vor allem mit Themen beschäftigt, die in diesem Bereich interessant sind. So wird die Lage in der Türkei sowie die rechtsextreme Organisation der „Grauen Wölfe" in der BRD und der Türkei behandelt. „Deutschland und Rassismus" ist ebenfalls nicht nur ein theoretisches Thema. Dazu: Polizeieinsatz gegen türkische SchülerInnen in Berlin-Marzahn und die Folgen. Eine interessante Broschüre, die man regelmäßig lesen sollte.

Mittendrin
August-Bebel-Str. 17, 16816 Neuruppin
#4 + 5, 30 Pf.
Herausgegeben vom gleichnamigen Jugendwohnprojekt behandelt die „Mittendrin" in erster Linie internationalistische und widerständlerische Themen, auch die Kultur kommt in dem kleinen A5-Heft nicht zu kurz. Neben Infos aus dem Wohnprojekt werden buntgemischt alle Themen behandelt, die den MacherInnen auf den Nägeln brennen.

Ratzfatz
Postfach 1221, 27383 Scheeßel
#6
Dieses kleine Antifablatt aus dem Norden hat dieses Mal das „Schwein des Monats" gekürt. Es berichtet auf 12 einfach aufgemachten A5-Seiten ansonsten über Autonomen Tierschutz, Verkauf von Nazi-Zeitungen, Rock gegen rechts und setzt sich mit der PDS auseinander. Tendenz der Zeitung: meiner Meinung nach (noch) etwas zu verbalradikal, aber nicht schlecht.

Subbotnik in LA
Große Klausstr. 11, 06108 Halle
#69, 1 DM
Wie immer mit dem „Thema des Monats", dieses Mal „Mythos Privatisierung". Auf über 50 Seiten berichtet die „Subbotnik" wie seit Jahren kontinuierlich über eine Vielzahl von Themen, zum Großteil mit lokalem und regionalem Bezug.

TATblatt
Gumpendorferstr. 157/11, A-1060 Wien
#31, 15 ÖSchis
Mit dem Titel „Alltag nach Oberwart" wird schon eins der Hauptthemen dieser Ausgabe angesprochen. Es wird die Normalität behandelt, die vor und nach den vier Morden an Roma in Oberwart besteht. Weitere Berichte über die „Neue Armut in Österreich", Kultur und Freie Radios in Wien und wieder - wie schon seit einigen Ausgaben - Diskussion über die Antifa, linke Reaktionen auf die Morde und andere interne Auseinandersetzungen. Dazu noch ein Bericht über die Kriminalisierung der Graffitiszene in Wien. Wieder mal sehr lesenswert!

Faschisten-Organisationen

Folgende Adressen sind die Anschriften rechtsradikaler Organisationen, geordnet nach Postleitzahlen. Die Abkürzungen sind: BV = Bundesverband (Bundesbüro u.ä.), LV = Landesverband, KV = Kreisverband. (Z) = Zeitung.

PLZ-Bereich 0...

01885	Sebnitz	White Resistance, Hammerskins Sachsen Postfach 69
02935	Weißwasser	JNS, Postfach 241
03165	Guben	Die Nationalen, KV Lausitz/Guben, Postfach 500 138
03165	Guben	JNS, KV Lausitz/Guben, Postfach 500 138
04734	Waldheim	Neue Werte (Z), Antiquariat Asgard - Versand, Postfach 10
04910	Elsterwerda	Ostpreußenhilfe e.V., Elsterstr. 18
04910	Elsterwerda	Die Nationalen, KV Elbe-Elster, Postfach 59
06471	Quedlinburg	Harzfront, Postfach 38
06474	Quedlinberg	Steffen H, Umbruch (Z), Postfach 323
08058	Zwickau	Lausbubenreport (Z), Postfach 406

PLZ-Bereich 1...

10037	Berlin	FRVS, Stadtrebell (Z), Postfach 342
10324	Berlin	Die Nationalen, LV Berlin-Brandenburg, Postfach 04 41, Tel./Fax 030 / 431 65 74
10324	Berlin	Berlin-Brandenburger Zeitung (Nationale), Postfach 04 41, Tel / Fax 030 / 431 65 74
10324	Berlin	Hammer Skins Deutschland., c/o Die Nationalen, P.O.Box 0441
10785	Berlin	REP Bundesbüro, Kluckstr. 25, Tel. 030 / 262 400 8 - 9
10923	Berlin	Wikinger (Z), Postfach 610 250

12311	Berlin	REP KV Neukölln, Postfach 470 329, Tel. 030 / 605 16 60
12443	Berlin	Frontheil, Elite (Z) Postfach 10
12489	Berlin	Die Nationalen, KV Berlin-Südost, Postfach 21
12489	Berlin	Hoffmann-von-Fallersleben Bildungswerk - Buchdienst, Postfach 21
13017	Berlin	DN, LV Berlin, Postfach 26
13059	Berlin	Richter-Versand, Postfach 340
13061	Berlin	FAP, LV Berlin, Postfach 5, Tel. 030 / 424 89 87
13061	Berlin	Aufbruch (Z), Postfach 5
13131	Berlin	Die Nationalen, KV Berlin-Nord,, Postfach 11 08
13301	Berlin	NPD,Zündstoff (Z), Postfach 650 102, Tel. 030 / 432 18 35
13347	Berlin	Asgard-Bund e.V. / Wotans Volk, Postfach 650 231
13361	Berlin	DVU, Postfach 510 135, Tel. 030 / 4118059
13473	Berlin	JN, LV Berlin-Brandenb., Postfach 270 314, Tel. 030 / 432 18 35
13581	Berlin	Skingirl Front Deutschland, PLK NR. 047178c
14008	Berlin	JN, Postfach 191 803
14112	Berlin	PHI, Postfach 380277
14131	Berlin	Aurel, Vertrieb: W/D & I, Postfach 37 01 24
14174	Berlin	Die Nationalen Berlin, Postfach 04 41
14174	Berlin	Die Nationalen, KV Berlin-Südwest, Postfach 04 41
14414	Potsdam	Junge Freiheit (JF) Buchdienst, Postfach 601451
14414	Potsdam	JF, Postf. 601451, Tel. Red. 0331/56713-0, Tel. Leserd. 0172/3068592, Fax.0331/5671314
14469	Potsdam	JF Verlag GmbH, Amtsstraße. 5a
14443	Potsdam	POHL, Angriff (Z), Postfach 407
14509	Berlin	Germanen Glaube, GGG, Geza v. Nemenyi, Danckelmannstr.11
14704	Rathenow	Die Nationalen, KV Havelland, Postfach 14 44
15501	Fürstenwalde	Die Nationalen Brandenburg, Postfach 11 29
15501	Fürstenwalde	JNS-Fürstenwalde, Postfach 11 29
15230	Frankfurt/O.	Nationales Pressearchiv, Postfach 533
15742	Wildau	United Skins (Z), Postfach 29
15901	Lübben	Kameradschaft, Postfach 163
16721	Velten	Angriff (Z), Postfach 67

PLZ-Bereich 2...

20110	Hamburg	Verein zur Erhaltung 76er Denkmal e.V., Postfach 131 024
20144	Hamburg	Fritz (Z), Junge Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 84-86
20419	Hamburg	DESG, DESG-Inform (Z), Postfach 111 927
21048	Hamburg	Freies Volk(Z), Heiko P., Pennalen Burschenverbindung Teutonia, Postfach 900823
21313	Lüneburg	Niedersachsen Spiegel (Z), Postfach 23 03
21335	Lüneburg	NPD LV, Auf der Altstadt 26
22219	Hamburg	NL, Index (Z), Postfach 601924, Tel. 040 / 730 20 64
22299	Hamburg	Ost-Dienst (Z), Hudtwalckerstr. 26
22567	Hamburg	Nordische Zeitung, Artgemeinschaft, Postfach 55709
22587	Hamburg	Nordische Zeitung, Auguste-Baur-Str. 22
24017	Kiel	DL-Fraktion, Postfach 18 80, Tel. 04 31 / 596 30 97
24572	Bad Bramstedt	JN Regionalverband Nordwest, Junger Norden (Z), Postfach14 02
25463	Halstenbek	FAP, Postfach 11 34, Tel. 041 01 / 485 57
25884	Viöl	VfgFuK, Nation (Z), Postfach 258 84
26359	Wilhelmshafen	KS-Druck, Der Republikaner (Z), Postfach 11 48
27283	Verden	DL, LV Niedersachsen, Nordlichter (Z), Südstr. 9
27328	Asendorf	Mut (Z), Mut-Verlag, Postfach 1

PLZ-Bereich 3...

31079	Sibbesse	Oliver B. - Versand, Postfach 11
31077	Sibbesse	MDV - Verlag, Postfach 1111
31515	Wunstorf 1	Rundbriefe (Z), PIC, Postfach 1153
31564	Nienburg	GDO, Postfach 1450, Tel. 05021 / 911252
32590	Vlotho	VfVuZ, Historische Tatsachen (Z), Postfach 1643
33341	Rheda-Wiedenbrück	Wehr Dich (Z), Berthold D., Postfach 1322
34028	Kassel	Patriot, Heidentum (Z) Postfach 102 807
34036	Kassel	Frontkämpfer (Z), (Martin T.), Postfach 103644
34065	Kassel	Elemente, Postfach 410 347
34331	Hann. Münden	Der Bewährungshelfer (Z), Postfach 11 36
34639	Schwarzenborn	DB, Rundbriefe (Z), Haus Richberg
35394	Gießen	Glauben und Wirken (Z), Bund Deutscher Unitarier, Rabenweg 36

35745	Herborn-Schönbach	Die Kosmische Wahrheit (Z), Die Goden e.V., Am Kramberg 20
37005	Göttingen	Der Freibund e.V., Leitstelle Nord, Postfach 15 05
37005	Göttingen	Der Freibund e.V., Bundesgeschäftsführung, Postfach 15 05
37013	Göttingen	JF-Bücherdienst, Postfach 2302
37028	Göttingen	SBS-Nachrichten (Z), Postfach 3827
37162	Uslar	Angriff Uslar (Z), Andre S., Postfach 1132
37230	Hess.-Lichten.	AFD, Postfach 1136, Tel. 056 02 / 0726 6
37237	Leinefelde	Michael S., Sonnenbanner (Z), Postfach 42
38170	Schoppenstedt	Deutscher Bilderdienst, Postfach 13 51
38226	Salzgitter	Artam (Z), Lotte Po.,Freundeskreis ehem. Artamanen, Jakob-Böhme-Str.14
38417	Wolfsburg	FAP Niedersachsen, Postfach 11 02 30
38440	Wolfsburg	Recht und Wahrheit, Hohensteinstr. 29
38612	Goslar	JN, LV Niedersachsen, Postfach 22 21, Tel./Fax. 05 331 / 46 864
38846	Wernigerode	FAP, KV Wernigerode, Postfach 305
38871	Ilsenburg	DFN, Nordharz Info-Dienst (Z), Postfach 122

PLZ-Bereich 4...

40021	Düsseldorf	Creative Zeiten Verlag / MZ-Vertrieb, Postfach 103 035
40227	Düsseldorf	Frontsoldat (Z), Paul K., Höhenstr.68
42003	Wuppertal	Stille Hilfe, Postfach 100 343
42043	Wuppertal	JN, Postfach 131 604
42054	Wuppertal	NPD, Postfach 131 604
42210	Wuppertal	JN, Einheit und Kampf (Z), Postfach 201 005
42719	Solingen	ADI, Sprachrohr (Z), c/o Koch, Schloßstr. 39
42810	Remscheid	VGB, Deutschland - Schrift für neue Ordnung, Postfach 101048
42823	Remscheid	Preußische Mitteilungen (Z), Postfach 140244
44028	Dortmund	NPD KV Dortmund, Dortmunder Stimme (Z), Postfach 102 833
44201	Düsseldorf	AR, Postfach 500 171
44736	Bochum	DRsK e.V., Recht und Justiz (Z), Postfach 400215
44866	Bochum	NPD, LV NRW, Deutsche Zukunft (Z), Günningfelderstr. 101a,
45127	Essen	Moloko Plus (Z), Torsten Pitzki, Lindenallee 76
45674	Herten/Westfal.	Versand und Verlag GmbH, Postfach 1650
45742	Marl	Leitheft (Z), W. Burg, Postfach 1201
45955	Gladbeck	Versand Symanek, Postfach 544
47053	Duisburg	BfG, Unsere Deutsche Heimat (Z), Zum Schulhof 8
49020	Osnabrück	Munin Verlag GmbH, Der Freiwillige (Z), Postfach 3023
49808	Lingen	Grober Unfug (Z), PLK 070021D

PLZ-Bereich 5...

50126	Bergheim	Celtic Thunder / Voice of Victory, c/o Sebastian R. Postlagernd
50309	Brühl	DMZ-Verlag, Postfach 19 09
50321	Brühl	Rock-O-Rama, Kaiserstr. 119
50468	Köln	OdS, Postfach 102 821
50674	Köln	The Scorpion, Lützowerstr. 39
50780	Köln	Europa Vorn (Z), Postfach 30 10 10
50933	Köln	Irminsul (Z), Armanen Orden, Vitalisstr. 386
50968	Köln	Blitz Versand, Altenburgerstr. 195, Tel / Fax. 02 21 / 383 324
51373	Leverkusen	REP, Leverkusener Reptielchen (Z), Küpperstegerstr. 33
51484	Overath	Nationales Koordinationszentrum Lohmar, Postach 13 53
52223	Stolberg	JN, BV, Brockenberg 5a, Tel./Fax. 02 406 / 632 62
52332	Düren	JN, LV NRW, Postfach 51 69, Tel./Fax. 02 409 / 14 11
53111	Bonn	Ostdeutsche Menschenrechtsgesellschaft, Berliner Platz 31
53113	Bonn	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonner Talweg 68
53173	Bonn	REP, Pittersdorfer Str. 91
53181	Bonn	Anti-Antifa, Postfach 300 126
53184	Bonn	Etappe, Postfach 300424
53173	Bonn	Publizistische Gesellschaft für Politik und Zeitgeschehen mbH, Paul-Kemp-Str.3
53721	Siegburg	Aufbruch (Z), Gneisenaustr. 52c
53757	St. Augustin	VDA, Kölnstr. 76
55007	Mainz	DN, Postfach 17 25
55071	Mainz	Der Freibund e.V., Leitstelle West, Posfach 421 318
55124	Mainz	HNG, Gonsenheim, Am Sägewerk 26
55388	Bingen	UN, Postfach 18 26
55388	Bingen	Verlag Werner Sym., Postfach 1826

58464	Lüdenscheid	Donner-Versand, Postfach 14 50
58569	Schalksmühle	Landwehr Verlag, Pressespiegel (Z), Postfach 1333

PLZ-Bereich 6...

60051	Frankfurt/Main	SDV, Postfach 111 611
61350	Bad Homburg	Deutsch-rußländische Gesellschaft e.V., Sindlingerweg 1
63897	Miltenberg	BfG, Mitteilungsblatt (Z), Von-Steinstr. 12
63917	Großheubach	Frankenrat, Deutscher Freundeskreis, Postfach 1132
65623	Mudershausen	Antiquariat Hertl. Versand, Taunusbl. 4
66401	Homburg-Saar	AHB e.V., Berg Feuer (Z), Postfach 10 25
67014	Ludwigshafen	IHV e.V., Postfach 211466

PLZ-Bereich 7...

70008	Stuttgart	Der Freibund e.V., Leitstelle, Süd Posfach 100 907
70009	Stuttgart	DS-Verlag, Postfach 101 037
70030	Stuttgart	NPD, Deutsche Stimme (Z), Rötestr. 4
70030	Stuttgart	NPD, JN, NHB, Postfach 103 528, Tel. 0711 / 610 605
70376	Stuttgart	AUD e.V., Nastplatz 2,
70569	Stuttgart	Versandliste: Skrewdriver, Alexander H., Im Lauchhau 31
70599	Stuttgart	DFA, Deutscher Standpunkt (Z), Allgäustr. 22
70619	Stuttgart	B&H, Die Burg (Z), Corneliusstr. 24
70180	Stuttgart	AK Republikanische Jugend, Jetzt (Z),Pelargusstr. 1-3
71229	Leonberg	Code (Z), Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51
72006	Tübingen	Euro-Kurier (Z), Grabert-Verlag, Postfach 16 29
72406	Bisingen/Hohenzollern	Versand Antiquariat Schmidt, Postfach 8
72644	Oberboihingen	GFP, Postfach 12 16
73334	Bad Überkingen	Skull Records, Postfach 50
74542	Braunsbach	Walzwerk Mailorder, Winterberg 4
74605	Öhringen	Bulldog (Z), Postfach 15 32
76625	Bruchsal	ESD - Versand, Postfach 4144
76646	Bruchsal	ESV, Postfach 4144
78026	Villingen-Schwenn.	DL, LV Baden-Württemberg, Blitz-Schlag (Z), Postfach 37 05

PLZ-Bereich 8...

80333	München	DKEG e.V., Theresienstr. 132 / II, Tel. 089 / 521 827
80333	München	Paneuropa (Z), Paneuropa Union Deutschland e.V., Karlstr. 57
80336	München	AVÖ 2000, Herzog-Heinrich-Str. 30
80450	München	Staatsbriefe (Z), Castel del Monte Verlag, Postfach 140 628
80469	München	NPD, Frankenspiegel (Z), Holzstr. 49
80469	München	JN-LV Bayern, Holzstr. 49, Tel. 089 / 575323, Fax. 089 / 5707210
80469	München	BIA, Holzstr. 49
80538	München	Witikobund, Der Witikobrief (Z), Triftstr. 1, Tel. 089 / 221 135
80732	München	JF-Redaktionsbüro, Postfach 430224
81204	München	Deutscher Buchdienst, FZ-Verlag GmbH, Postfach 600464
81238	München	Deutscher Buchdienst, Tel. 089 / 89608521, Fax. 089 / 8341534
81238	München	DVU
81238	München	DSZ Verlag
81238	München	FZ-Verlag GmbH
81238	München	Deusche Reisen, Tel: 089 / 896 08 50, Fax: 089 / 834 15 34
81510	München	Rechtskampf, Postfach 901 002, Tel. 08 21 / 438 942
81735	München	Oberland (Z), Rudolf H., Kurt Eisner Str. 41/X
82141	Planegg	RHG e.V., Rundbrief (Z), Postfach 11 22
82152	Planegg	Criticon, Pan-Verlagsservice, Semmelweisstr. 8
82539	Münsing	Deutsches Rechtsbüro, Postfach 44
82541	Ammerland	Huginn und Muninn(Z), Sigrun S., ANSE, Kloiberweg 4
83229	Aschau/Chiemgau	Münchner Freiheit(Z), Denk- und Presseverein e.V., Ahornweg 3
84003	Landshut	FVR, Patria-Versand GmbH, Postfach 543
84032	Landshut	DL, Postfach 543
84155	Bodenkirchen	Deutscher Bund, Burgpost (Z), Christoph-Kaiserstr. 9
85317	Freising	Blitz Versand, Postfach 1702
86150	Augsburg	GDO, Maximilianstr. 14
86179	Augsburg	Aktion Neue Politik, Roseggerstraße. 3
86836	Lager-Lechfeld	Stolz und Frei (Z), Postlagernd 85 79
87640	Biessenhofen	DKG, Huttenbriefe (Z), Postfach 189

PLZ-Bereich 9...

90221	Nürnberg	NHB, Postfach 610 151
90221	Nürnberg	Vorderste Front / Saufeder (Z), Postfach 610 151
90221	Nürnberg	JN, Regionalverband Franken, Der Aktivist (Z), Postfach 610 151
91009	Erlangen	JN, Die Saufeder (Z), P1ostfach 19 31
91074	Herzogenaurach	Klartext (Z), Republikaner, Von-Kettler-Straße. 7b
95463	Bindlach-Ra	F.P.S., W.B. Köhler, Am Rain 3
96306	Kronach	Junges Franken (Z), Postfach 16 46
96317	Kronach	AFK, Kreuzbergerstr. 56,
96408	Coburg	HSA, Postfach 18 54
96414	Coburg	DL, Postfach 25 54
96414	Coburg	N&E, Postfach 25 54,
96414	Doburg	Buchdienst N&E, Postfach 25 54, Tel: 095 61 / 945 96, Fax: 095 61 / 995 74
96450	Coburg	Dim-Records, Postfach 17 18
96476	Rodach	Odal-Druck und Verlag, Der Scheinwerfer (Z), Sülzfeld 14
97003	Würzburg	Bund Frankenland, Postfach 53 64
99015	Erfurt	MG, Freiheit (Z), Postfach 783

Nationale Infotelefone:

Berlin	030 / 8035962
Franken	09548 / 6300
Hamburg	040 / 2195400
Schleswig-Holstein	04101 / 401947

Mailboxen:

Germania Bonn	0228 / 628798
Krefeld	02151 / 399596
Weinstadt	07151 / 660464
Widerstand (Erlangen)	09133 / 201124
Winnenden	07195 / 177047

Ausland

A-1010	Wien	FBW, Kärntner Str. 28/III
A-1010	Wien	PCBÖ, Kramergasse 3 / 4
A-1071	Wien	KSZ, Postfach 450
A-1080	Wien	Österreichische Landsmannschaft / Eckartbote (Z), Fuhrmanngasse 18a
A-1171	Wien	AFP, Postfach 543
A-1171	Wien	Erwache (Z), Postfach 458
A-3321	Ardagger	Pen Tuisko, Markt 86
A-4021	Linz/Donau	B&H, Der Springende Stiefel (Z), Postfach 739
A-4625	Offenhausen	VDO, Postfach 5
A-8010	Graz	Aula (Z), Merangasse 13
A-8044	Graz	Vormärz (Z), Postfach 5
A-9020	Klagenfurt	APF Kärnten, Weitblick (Z), B.Schwarz Str.33
A-9022	Klagenfurt	KÖ - Landesgruppe Kärnten, Postfach 50
AUL	Melbourne 3001	New Dawn, GPO Box 3126FF
B-1030	Brüssel	Vlaams Blok, Madouplein 8 - Bus 9, Tel. 02 / 219 60 09, Fax. 02 / 217 52 75
B-1080	Brüssel	Pure Impact (Z), Peter Sw., Maria van Hongarijelaan 135
B-1160	Brüssel	Heiden van Parijis, 86 H. de Broucke Av, Tel: 00 322 / 66 073
B-1190	Forest/Vorst	Orientations/Vouloir, BPB 55
B-1601	Ruisbroek/Brabant	Ralf van den Haute, Europe Nouvelles, L' Anneau ASBL, BP 7
B-1970	Wezembeek-Oppem	Orientations/Vouloir, BPB 41
B-2110	Wijnegemen	Teksten, kommentaren en studies, Postbus 4
B-9190	Stekene	J. De Vriendt, De Vrijbuiter, Hellestraat 208
CAN	Ontario M5A 2L1	Samisdat, Ernst Zündel, Carlton Street.20,Toronto
CH-3001	Bern	SD, Postfach 8116, Tel: +312 227 74, Fax:+312 156 32
CH-4009	Basel	Guideon Burg Verlag, Postfach 52
CH-6048	Horw	B&H, Totenkopf (Z),PO Box 204
CH-6014	Littau	Berserker (Z), SHS, PO.Box 656
CH-6014	Littau	Schweizer Hammer Skinheads, PO.Box 656
CH-8401	Winterthur	Verlag Eidgenoss
Czech Republik 54102		Patriot (Z), PO.Box 70, Trutnov 4
CZ-54102	Trutnov	Bohemia Hammerskins, P.O.Box 70

DK-6340	Kollund	Nordwind-Verlag, Molevej 12
DK-6340	Krussaa	Ultima-Thule, Postbox 99
E-08080	Barcelona	Alternativa Europea - JA Llopart, Apartado de Coreos 887
E-08080	Barcelona	CEDADE, Postfach / Apartado 9169
E-08080	Barcelona	Halt (Z), Aparatado / Postfach 9084
E-08080	Barcelona	Halt / Liberia Europa, Periodico mensual, Seneca 12
E-08080	Barcelona	Sieg (Z), Aparatado de Correos 12.041
F-14013	Caen Cedex	Nouvelle Vision (Z), A.N.E.C., BP 258
F-29269	Brest Cedex	Rebelles Europeens, BP 152
F-33980	Audenge	Le Crapouillot, J.-C. Mu., BP 32
F-44029	Nantes cedex 04	Lutte du peuple (Z), ARS, BP 778
F-75116	Paris	Identite (Z), Editions Nationales, 8 rue du Géneral Clergerie
F-7S002	Paris	Present, Front National, 5 rue d'Amboise
GB	DE 219 EG	British Oi (Z), PO. Box 249, Derby
GB	London N17 7SB	National Front, 760 London
GB	London WC1N 3XX	Blood & Honour, B&E BCM, Box 8514
GB	Exeter EX2 8AN	National Front, PO. Box 51
GB	London WC1N 3XX	Freedom Books
GB	Norfolk, NR3 2AH	Nationalism Today, PO.Box 41, Norwich
GB	Lancashire, WN1 3XL	North West National Front, PO.Box 140, Wigan
GB	Kent DA 16 3DW	BNP, PO.Box 117, Welling
GB	West Sussex, BN14 8EG	The Flag, PO.Box 320, Worthing
GB	Torquay TQ2 7SX	Patriotic Forum, PO.Box 46
GB	London SW73P B	Third Way, PO.Box 1243
GB	London WC 1N 3XX	Odinic Rite (R) Inform. Commitee, BCM Runic
GB	London WC1N 3XX	Odinic Rite (E), BCM Edda
GB	London WC 1 3 XX	Blood & Honour (Z), The secretary, B.M. Box 5608
GB	WF16 OXF	Sigrun (Z), PO.Box 6, Heckmond Wike, West Yorkshire
GB	S.Wales CF1 7UX	Celtic Warrior, P.O.Box 214, Cardiff
GB	SR 1 1LU	Onward (Z), Tyne & Wear, PO.Box 86, Sunderland
I-16125	Genova	Terzo Fronte, C.P. 81459 Genova-14
I-20129	Milano	Orion, via Plinio 32
IRL	Belfast BT15 2HY	Ulster Nation, PO Box 140
IS	NY 10308-0005	Audry and Thorr Sheil, Trollwiese Press, P.O.Box 080437
NL-2501	CK Den Haag	Centrumsdemokraten, Postbus 401
NL-3131	BD Vlaardingen	Freya (Z), Marco van Eeden, Havenstraat 36
NL-6836	PD Arnheim	Rechts Contakt, Dr. Chr. Baderstraat 11
NL-9930	AB Delfzyl	Die Neue Front, Postbus 44
P-1013	Lisboa Codex	JP, Apt 1479
PL-44-100	Gliwicc	Schlesische Studentenverbindung, Michalowskiego 29
PL-51-140	Wroclaw	Stanczyk, Thomasz G., ul. St. Pietaka 9
PL-56	Lublin	Przelom Narodowy, P.O.Box 78
RSA-0132	Sunnyside	Impact, P.O.Box 28233
RSA-4000	Durban, Natal	Patriotic Press(Z), Patriotic South Afrikan, P.O.Box 6019
R-103 051	Moscou	Arktogaia, A/R 151
S-11479	Stockholm	Storm, BL 170
S-15106	Södertälje	Blod & Ära, Box 6035
SUI-1233	Bernex	Nouvelle Resistance-TV, Case Postale 222
USA	AZ 85547	Vor Tru (Z), World Tree Publications, PO.Box 961, Payson
USA	CA 92642	Blood & Honour, PO Box 86 EO, Garden Grove
USA	Calif. 92642	Wolfpack Services, PO.Box EO, Garden Grove, Tel. 714 / 543-6506
USA	CA 95521	American Front, PO.Box 989
USA	Arkansas 72601	White Patriot(Z), National Office, P.O.Box 2222 Harrison
USA	MI 48503	Hammerskins c/o NHS, PO.Box 13342 Flint
USA	MI 48224	Resistance Records, PO.Box 24700, Detroit
USA	MN 55106	Hammerskins, c/o NHS, PO.Box 6773 East St. Paul
USA	Nebraska 68506	NS-Kampfruf (Z), NSDAP/AO, P.O.Box 6414 Lincoln
USA	NC 27627 7001	C18 c/o Dixie Press, PO.Box 37001
USA	NE 68506	NSDAP/AO, Box 6414, Lincoln
USA	New Jersey 08360	British Knights of the Ku Klux Klan, PO.Box 2054, So Vineland
USA	NY 14302	Guardian Press, P.O. BOX 158
USA	NY 10014-4925	Echante (Z), John Yoh., 30 Charlton Street (Box 6F) New York
USA	Omaha NE 68164	Plexus (Z), National Workers League, P.O.Box 642376
USA	West Virginia 24946	The National Alliance, PO.Box 90, Hillsboro
USA	TX 78760	Idunna (Z), Porfinn Ein., PO.Box 18812, Austin

Abkürzungen der Organisationen:

ADI	Arbeitskreis Deutsche Interessen
AFD	Aktion Freies Deutschland
AFK	Agentur für Kommunikation
AFP	Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik
AHB	Andreas-Hofer-Bund e.V.
Angriff	Schülerzeitung von NF-Nachfolge Organisation
ANSE	Arbeitsgemeinschaft Naturreligiöser Stammesverbände Europas
AR	Antirepressionsgruppe Rhur
AUD	Aktionsgemeinschaft unabhäniger Deutscher e.V.
Aufbruch	Zeitung der FAP Berlin
BfG	Bund für Gesamtdeutschland
BIA	Bürgerinitiative Ausländerstopp
B&H	Blood & Honour, Nazi-Skin-Zine
DAV	Deutscher Arbeitnehmerverband
DB	Deutsche Bürgerinitiative
DESG	Deutsch-Europäische Studiengesellschaft
DFA	Deutsche Freiheits- und Arbeitspartei
DFN	Deutscher Freundeskreis Nordharz
DKEG	Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes e.V.
DKG	Deutsche Kulturgemeinschaft
DL	Deutsche Liga
DMZ	Deutsche Militärzeitschrift
DN	Deutsche Nationalisten
DRsK	Deutscher Rechtsschutzkreis e.V.
SDV	Schutzbund für das deutsche Volk
SDZ	Druchschriften- und Zeitungsverlag GmbH
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FBW	Freiheitliches Bildungswerk
FPS	Freundeskreis Paul Steinecke
VGB	Vereinigung für Gesamtdeutsche Politik
FRVS	Freundeskreis Revolutionärer Volkssozialisten
FVR	Förderverein Vereinigte Rechte e.V.
GDO	Gemeinschaft Deutscher Osten
GFP	Gesellschaft für Freie Publizistik e.V.
HNG	Hilfsorganisation Nationaler Gefangener
HSA	Hilfkomitee Südliches Afrika
IHV	Internationales Hilfskomitee für Nationale Politische Verfolgte und deren Angehörige e.V.
JF	Junge Freiheit
JN	Junge Nationaldemokraten (Jugendorganisation der NPD)
JNS	Junges Nationales Spektrum (Jugendverband der „Nationalen“)
KSZ	Kritische Studentenzeitung
MG	Mitteldeutsche Gefangenenstimme
N&E	Nation & Europa
NHB	Nationaldemokratischer Hochschulbund
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschland
OdS	Opfer des Stalinismus
PCBÖ	Patriotischer Club „Besseres Österreich“
PHI	Politische Hintergrundinformationen
PIC	Preußischer Investment Club
REP	Die Republikaner
RHG	Rudolf Hess Gesellschaft e.V.
SD	Schweizer Demokraten
VDA	Verein für das Deutschtum
VDO	Verein Dichterstein Offenhausen
VfgFuK	Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur
VfVuZ	Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung

Diese Liste enthält ausschließlich öffentliche Kontaktadressen rechtsextremen Organisationen und Publikationen. Viele Organisationen, die in den letzten Monaten und Jahren verboten wurden, arbeiten heute aber unter anderem Namen oder auch konspirativ und ohne eine öffentliche Kontaktmöglichkeit weiter. Diese können wir hier natürlich nicht aufführen. Sicher haben sich in diese Liste auch Fehler eingeschlichen oder Adressen sind einfach nicht mehr aktuell. Falls Dir so etwas auffällt, bitten wir um eine Benachrichtigung, um die Liste zu aktualisieren!
Voraussichtlich kann man die aktuelle Liste bei uns demnächst auch extra anfordern, so daß sie immer auf dem neuesten Stand ist. Das ist aber noch nicht entschieden, achte auf Hinweise in einem der nächsten Ausgaben. Und nun: Viel Spaß beim Schreiben.

Index der #5

Stichworte

Organisationen / Medien

Personen

Orte